Sonnabend, 26. August 1922. | Einzelnummer 30 Mark. | 61. Jahrgang. Nr. 191.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 700.— in den Ausgabestellen 750.— durch Zeitungsboten 800.— am Postamt 440.— ins Ausland 100 deutsche Mk.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110. 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 80.—M. Reklameteil 240.—M. Für Aufträge aus Deutschland . 6.00 M. im Reklameteil 18.—M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Ein neuer Ton.

Wieder beschäftigt sich der „Kurjer Poznański" an leitender Stelle mit unseren Ausführungen vom Donnerstag. Es handelt sich um das Wahlproblem. Die Stellung der Deutschen zu den übrigen Parteien scheint den „Kurjer Poznański ganz besonders zu beschäftigen. Der Ton des Artikels ist auffällig mild und entgegenkommend, trotzdem wir durch einen bedauerlichen Druckfehler in dem vom „Kurjer" besprochenen Artikel Anlaß zu schärferen Angriffen hätten geben können. Die Berichtigung dieses Fehlers ist inzwischen schon in unserer gestrigen Nummer erfolgt. Selbstverständlich arbeiten wir nicht gegen das Interesse des polnischen Staates als eines Nationalitätenstaates. Wenn hingegen der Staat von den sogenannten echten Polen als Nationalstaat aufgefaßt wird, in dem die anderen Nationalitäten nur als unliebsame Gäste betrachtet und behandelt werden, dann kann es allerdings in manchen Fällen dazu kommen, daß die Deutschen gegen das Staatsinteresse zu handeln scheinen. In Wirklichkeit handeln natürlich die nationalistischen Kreise, welche eine den Minderheiten feindliche Haltung einnehmen, feindlich gegen ihren eigenen Staat.

Es scheint aber doch, als wenn man in jenen Kreisen allmählich einzusehen beginnt, daß die Behandlung der Minderheiten und zwar insbesondere der Deutschen verfehlt war. Ein deutliches Zeichen davon erblicken wir in dem neuesten Leitartikel des „Kurj. Pozn." vom 25. d. Mts. Das genannte Blatt erklärt hier, daß die Polen ihre Beziehungen zu den Deutschen ganz anders auffassen als die zu den Juden. Von den Juden soll vorläufig nicht gesprochen werden. Der „Kurjer" fährt dann fort:

„Den Deutschen aber wollen wir sagen, daß wir zu ihnen keinen Haß hegen, obwohl eine solche Empfindung nach ihrer hundertjährigen Herrschaft auf polnischer Erde, nach ihrem Verhalten zu Zeiten des Krieges und nach dem, was sie heute noch in Oberschlesien machen, vollkommen gerechtfertigt wäre. Wir möchten sogar wünschen, daß sich zwischen Polen und dem deutschen Staate gute Beziehungen bilden. Aber unter der einen Bedingung — daß die Deutschen offen und endgültig auf ihre Eroberungspläne bezüglich der polnischen Erde verzichten, daß sie anerkennen, daß Schlesien, das Posener Gebiet, Pommerellen und Danzig aufgehört haben, der Gegenstand ihrer Gelüste zu sein. Anzeichen für das Verständnis für diese Bedingung bemerken wir bisher in der deutschen Meinung nicht, im Gegenteil, in den Reden hervorragender Persönlichkeiten, in den Stimmen der Presse, in Versammlungsbeschlüssen treffen wir die Ankündigung, daß mit der Zeit der deutsche Fuß wieder auf uralter polnischer Erde stehen wird. Schwer ist es, unter diesen Bedingungen von Liebe und dem Empfinden der Sicherheit auf polnischer Seite zu sprechen. Und von den Deutschen, die in unserm Staate wohnen, und um so mehr von denjenigen, die Bürger des polnischen Staates sind, müssen wir fordern, daß in ihrem politischen Handeln das Staatsinteresse das entscheidende Moment ist. Wir wollen nicht von ihren Empfindungen und Gedanken sprechen, aber jede Tat oder Erklärung, die gegen das Interesse des polnischen Staates gerichtet ist, ist unzulässig." Auf diese Ausführungen erwidern wir, daß wir mit Genugtuung die Erklärung des Kurjer zur Kenntnis nehmen, wonach die Polen keinen Haß gegen uns hegen und vielmehr wünschen, daß zwischen ihnen und dem Deutschen Reiche sich gute Beziehungen bilden. Wir erkennen auch die Berechtigung der Forderungen an, daß die Deutschen allen Wünschen auf die Zurückgabe der dem polnischen Staate zugefallenen Gebiete entsagen. Der Kurjer vermißt in der öffentlichen Meinung der Deutschen diese Anerkennung. Er gesteht unseren Empfindungen und Gedanken Freiheit zu, aber er fordert, daß jede Tat und Erklärung der Deutschen sich dem Staatswohl unterordne. Wir glauben den Kurjer über die Frage vollständig beruhigen zu können. Manche polnischen Politiker haben eine ganz übertriebene Vorstellung von den deutschen Rachegelüsten, schon neulich beschäftigten wir uns mit einem Aufsatz des Herrn Kierski, der davon zeugte und dessen Ausführungen auf ganz einseitigen Beobachtungen beruhten. Die imperialistischen Kreise in Deutschland, welche das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht anerkennen, bilden wirklich nur eine kleine Minderheit unter den 60 Millionen deutscher Staatsbürger. Einen sehr großen Einfluß hat unter der breiten Volksmasse in Deutschland die internationale Gesinnung, die sogar mit allen geschichtlichen Erinnerungen vollständig gebrochen hat und leider mitunter so weit geht, das eigene Volkstum und dessen Symbole gröblich zu beschimpfen. Kam doch neulich aus Brandenburg, also aus der Stadt, deren Name schon an die Traditionen der hohenzollernschen Herrschaft gemahnt, die Nachricht, daß dort eine Rotte von jungen Burschen ein Café stürmte, in denen das deutsche Nationallied gespielt wurde, die Kapelle am Spielen verhinderte und die Gäste hinaustrieb. Bei einer Eisenbahnfahrt durch Deutschland kann man den Gesprächen der Mitreisenden entnehmen, daß weitaus die größte Menge des Volkes gegen jeden Imperialismus und Militarismus feindlich gestimmt ist. Man kann Leute hören, die mit großem Eifer und Stimmaufwand gegen den Krieg, das Militär, die Offiziere usw. loslegen, ja sogar Leute, welche — was jeder anständig gesinnte Deutsche nur als verächtlich bezeichnen kann — sogar Frankreich loben und behaupten, daß Frankreich nur sein Recht verlange. Wie sollten da wohl bei dieser Stimmung Bestrebungen, welche sich auf eine Wiedereroberung polnischer Gebiete richten, irgend welchen Boden finden. Daß die öffentliche Meinung des deutschen Volkes mit solchen Bestrebungen völlig abgeschlossen hat, zeigt schon der Umstand, daß die Deutschen, welche im polnischen Gebiete verblieben sind, drüben nicht mehr als Deutsche, sondern ganz allgemein als „Polen" bezeichnet werden und daß ihnen vorgeworfen wird, sie verrieten ihr Deutschtum. Auch die deutsche Regierung kann nicht für irgend welche Eroberungspläne in Frage kommen. Das Kabinett Wirth steht unter dem Zeichen der Erfüllungspolitik, die ja doch wohl für Deutschland das einzig Mögliche ist, und wird sich nicht — und in absehbarer Zeit auch kein anderes Kabinett — gegen den Frieden von Versailles auflehnen. Befürchtungen vor einem deutschen Revanchekrieg sind jedenfalls vollständig unbegründet. Der „Dziennik Poznański" in seiner Nr. 186 vom 18. August d. Js. glaubt, daß die Einrichtung einer Provinz, welche die deutsch gebliebenen Teile von Posen und Westpreußen umfaßt und Schneidemühl zur Hauptstadt hat, ein Anzeichen sei, daß Deutschland auf baldige Wiederherstellung der früheren Grenzen rechnet. Die Behauptung, daß die Deutschen diese Provinz angeblich in herausfordernder Weise „Posen" nennen, entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr hat sie den Namen „Provinz Grenzmark" erhalten. Die Begründung dieser Provinz muß rein aus verwaltungstechnischen Gründen erklärt werden. Man bedenke, daß durch die umfangreichen Gebietsabtretungen eine große Anzahl von Verwaltungsbeamten ihre Stelle verloren haben und vom Reiche irgend wie untergebracht werden müssen. Aus diesem Grunde bedeutet es keine besondere Belastung Deutschlands, aus diesen Gebieten eine besondere Provinz zu bilden. Der erwähnte Artikel des „Dziennik" enthält überhaupt zahlreiche Gehässigkeiten, indem er z. B. den Deutschen die Verfolgung ihrer Rechte und den Appell an den Völkerbund als gegen den polnischen Staat gerichtete Schritte auslegt. Es lohnt sich nicht, sich weiter mit diesen Angriffen zu beschäftigen.

Was nun die Stimmung und die Haltung der hiesigen Deutschen anbetrifft, so erklärt der Kurjer selbst, daß es sich nicht um ihre Gefühle und Gedanken handle, sondern um ihre Taten und Erklärungen. Wir bitten nun den Kurjer um genaue Angabe derjenigen Reden hervorragender Persönlichkeiten, derjenigen Presseäußerungen und Versammlungsbeschlüsse, welche sich gegen den polnischen Staat richten. Uns sind derartige Reden, Presseäußerungen und Versammlungsbeschlüsse nämlich nicht bekannt.

In seinen weiteren Ausführungen befaßt sich der „Kurjer" mit dem Verhältnis der Deutschen zur Linken. Wir haben ja schon betont, daß die Deutschen unmöglich für das ganze Parteiprogramm der Linken eintreten können. Vielmehr ist für ihre Stellung, wie schon gesagt, nur maßgebend das eigene Volkstum. Im Inneren neigt ein großer Teil der hiesigen Deutschen vielmehr zu dem innerpolitischen Standpunkt — abgesehen natürlich von den Minderheitsfragen — der Rechten, ja speziell der Nationaldemokratie. Auch ein Zusammengehen mit den Juden hätten sich die meisten der maßgebenden Persönlichkeiten des hiesigen Deutschtums vor 1918 und selbst noch später niemals träumen lassen. Diese Frage kommt ja für unser Teilgebiet weniger in Betracht, da das Judentum durch Auswanderung nach Deutschland hier ja fast völlig verschwunden ist.

Mit Genugtuung nehmen wir davon Kenntnis, daß uns die Polen keinen Haß entgegenbringen und daß der Kurjer, was er meines Wissens bisher wohl noch nicht getan hat, ausdrücklich erklärt: „Die Deutschen, die loyale Bürger des polnischen Staates sind, werden in Polen vollkommene Freiheit, Toleranz und Gleichberechtigung genießen." Wenn die Erkenntnis von der Notwendigkeit solcher (eigentlich selbstverständlicher) Erklärungen schon bis in die Kreise des Kurjer gedrungen ist, so könnte dies allerdings Hoffnungen auf eine bevorstehende Verständigung mit den nationalpolnischen Kreisen erwecken, aber wie lange wird diese Stimmung vorhalten? Ist es nicht etwa nur die Sorge um das Wahlergebnis, das den Kurjer zu dieser Haltung veranlaßt? Dieses Mißtrauen läßt sich schwer unterdrücken. Wie gesagt, derartige Anerkennung unserer Gleichberechtigung haben wir schon oft genug gehört. Wenn allerdings auch nicht aus dem Munde des Kurjer. Wir möchten Taten sehen, z. B. daß man nicht mehr polnische Bürger, weil sie deutscher Nationalität sind, von ihren Ansiedlungen vertreibt. Wenn die Kreise des Kurjer dahin wirken wollten, würden wir an einen ehrlichen Willen zur Verständigung glauben, andernfalls nehmen wir an, daß es sich lediglich um ein Wahlmanöver handelt.

Die kommenden Sejmwahlen.

Zwei Blöcke der Reaktion.

Warschau, 20. August. Am 16. d. Mts. wurde von den drei Parteien: dem Nationalen Volksverband, der Christlich Nationalen Arbeitspartei und der Christlich-Nationalen Volkspartei beschlossen, im ganzen Reiche die Sejm- und Senatswahlen gemeinschaftlich durchzuführen; zu diesem Zweck bildeten sie ein zentrales Wahlkomitee unter dem Namen: Christlicher Verband der Nationalen Einheit (Chrześcijański Związek Jedności Narodowej). Dem Block dieser Parteien ist die Nationale Frauenorganisation (Narodowa Organizacja Kobiet) beigetreten, was in den nächsten Tagen auch die Christlich-Nationale Landwirtschaftliche Partei in Großpolen tun wird.

Dieser Reaktionsblock mit seinen „nationalen" und „christlichen" Organisationen bleibt in ständigen engen Kontakt mit einem anderen Block der Reaktion, welcher unter der Maske eines „polnischen Zentrums (!!)" auftritt. Dieser Block wird von der Nationalen Volksvereinigung, der Katholischen Volkspartei und dem sogenannten Polnischen Verband der Randgebiete (Polski Związek Kresowy) gebildet.

Aus Obigem ist zu ersehen, daß die Reaktion zur Zeit der Wahlen in geschlossener Front vorgehen wird. Darum Achtung Minderheitenblock!

Die jüdischen Minderheitsvertreter.

Von jüdischer Seite wurden in das Zentralwahlkomitee des Minderheitenblocks die Herren Sejmabgeordneten Grünbaum (Jüdischer Volksrat), Hirschhorn (Orthodox) und Prylucki (Jüdische Volkspartei) gewählt.

Die Bedeutung des Minderheitsblocks.

Der Block aller nationalen Minderheiten in der Republik Polen ist gebildet worden. Was bewirkte die Bildung dieses Blockes, welchen Zweck verfolgt er? Die Antwort darauf finden wir in einem Artikel des Abg. Grünbaum im „N. Hajnt". Der Verfasser stellt fest, daß die Wahlordnung mit ihrer ganzen Schärfe gegen die nationalen Minderheiten gerichtet sei. Dieses bewirkte den Zusammenschluß der nationalen Minderheiten. „Meine Bemerkung im Sejm und Verfassungsausschuß", so schreibt der Abgeordnete weiter, „wurden als Drohungen angesehen, man verlachte sie, man glaubte nicht, daß die Schwierigkeiten, auf die der Block stößt, überwunden werden könnten. Dieser Block bildet eine historische Tatsache von hervorragender Bedeutung. Ein solcher Block, so scheint es, ist noch niemals gebildet worden. Es verbanden sich hier alle, die sich in ihren Rechten bei der Ausübung des Kampfes um die Verfassung, um das Lebensrecht, um freie Entwicklung und gegen jede Bedrückung bedroht fühlten. Vorläufig ist dieses nur ein Wahlblock, aber er bildet eine Annäherung der Nationalitäten, klärt die gemeinsamen Ziele und weist den Weg, der beschritten werden muß."

Die Altrussen und die Wahlen.

Aus Lemberg wird gemeldet, daß die Vertreter des rechten Flügels der altrussischen Partei (stronnictwa staroruskiego) Dr. Zając, Rat Lichowacki und der Geistliche Dr. Kostecki sich nach Warschau begeben haben, um Verhandlungen mit den Behörden in der Wahlangelegenheit anzuknüpfen. Die Altrussen haben die Absicht, an den Wahlen teilzunehmen, die Ukrainer aber scheinen in der Befürchtung, daß die Altrussen nicht Vertreter der russischen Bevölkerung im Sejm werden sollen, ebenfalls geneigt zu sein, an den Wahlen teilzunehmen.

Der Generalwahlkommissar.

Dr. Tadeusz Bresiewicz, der neuernannte Generalwahlkommissar, wurde im Jahre 1862 in Krakau geboren. Dort absolvierte er die mittlere wie auch die höhere Schule und trat darauf in die Finanzanwaltschaft ein. Hernach ging er zur Staatsanwaltschaft über. Im Jahre 1877, als im ehemaligen Galizien das neue Gerichtswesen eingeführt wurde, trat er in den Gerichtsdienst ein und arbeitete zuerst als Richter, dann als Vorsitzender des Gewerbegerichts und als Rat des Appellationsgerichts. Im Jahre 1906 wurde er in das Justizministerium in Wien berufen, wo er in der Abteilung für Landesangelegenheiten beschäftigt war, dort weilte er acht Jahre. Vor dem Kriege wurde er als Hofrat an das Gericht erster Instanz berufen. Seit 1919 arbeitet er als Mitglied des obersten Gerichts in Warschau.

Warschau, 24. August. Der Generalwahlkommissar Dr. Bresiewicz hat schon mit der Arbeit an der Organisierung seines Bureaus begonnen. In kurzer Zeit wird er ebenfalls die Ernennung der Vorsitzenden der Bezirkswahlausschüsse vollziehen. Entsprechende Anträge in dieser Angelegenheit laufen schon ein. Verschiedene Parteien, die das Recht haben sollen, ihre Vertreter in den staatlichen Wahlausschuß zu entsenden, haben schon deren Namen bestimmt und sie dem Generalwahlkommissar zur Kenntnis gegeben. Das Bureau des Generalwahlkommissars, das sich gegenwärtig im Innenministerium befindet, wird wahrscheinlich nach dem Schloß verlegt werden, dessen Räume für diesen Zweck geeigneter sind.

Hilfe der Studenten.

Warschau, 24. August. Das Wahldezernat des Magistrats der Stadt Warschau wandte sich an die „Bratnia Pomoc" der Hörer der Warschaure Universität mit dem Vorschlag, eine entsprechende Anzahl von Personen für die Vorbereitung der Wahllisten zur Verfügung zu stellen.

Die Prager Konferenz.

Prag, 24. August. Den Zeitungen zufolge sollen die Verhandlungen des Dr. Benesch mit Pasitsch am Mittwoch abend begonnen haben. Dr. Benesch konferiert mit Pasitsch in Marienbad, wo auch der tschechoslowakisch-südslawische Vertrag unterzeichnet werden soll. Darauf werden beide Staatsmänner in Prag eintreffen, wo am Sonntag die gemeinsamen Beratungen der Vertreter der Staaten der kleinen Entente beginnen werden. Nach den tschechischen Zeitungen beabsichtigt die kleine Entente angeblich sich der Aufnahme Ungarns in den Völkerbundrat zu widersetzen. In den Schlußberatungen der kleinen Entente wird ebenfalls die Entschädigungsfrage berührt werden, an der vor allem Rumänien und Südslawien interessiert ist.

Die Reparationsfrage.

Bradbury und Mauclere beim Reichskanzler.

Das Reichskabinett ist heute nachmittag zu einer Beratung zusammengetreten, die sich außer auf die Verhandlungen der deutschen Regierung mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel auch auf die Verhandlungen mit den Delegierten der Reparationskommission erstreckt. Aus unterrichteten Kreisen wird mitgeteilt, daß in diesem Kabinettsrat die Grundzüge für Deutschlands Vorschläge an die Delegierten der Reparationskommission besprochen werden. Die Beratungen scheinen jedoch noch nicht abgeschlossen zu sein, da für morgen ein neuer Kabinettsrat angesetzt wurde.

Unmittelbar nach Schluß des Ministerrates wurden die Delegierten Bradbury und Mauclère vom Reichskanzler empfangen, der mit ihnen zwei Stunden lang verhandelte. Es wird versichert, daß diese Besprechung durchweg in einem konziliantes Geiste geführt wurde und daß, wenn auch von keiner Seite formulierte Vorschläge gemacht wurden, doch beiderseits das Bestreben deutlich war, zu einer Verständigung zu gelangen.

So schwierig die Verhandlungen auch sind, wird man nach der heutigen Unterredung zwischen dem Reichskanzler und den Delegierten der Reparationskommission betonen dürfen, daß kein Anlaß zu pessimistischer Beurteilung vorhanden ist. Es ist möglich, daß die Verhandlungen mit Bradbury und Mauclère, die morgen fortgesetzt werden, am Sonnabend zu einem Abschluß gelangen.

Frankreich ist für Herabsetzung der deutschen Schuld.

Paris, 23. August. In einem Leitartikel: „Die Wahl Europas" kommt der „Temps" heute auf die englischen Pressekritiken der letzten Rede Poincarés zu sprechen. Das Blatt meint, wenn man auch in England glaube, daß die von Frankreich vorgeschlagenen Mittel, Deutschland zur Zahlung zu zwingen, schlecht seien, sich Frankreich doch an diese Mittel halten werde. Die Sache liege aber nicht so einfach. Es handelt sich nicht darum, zwischen den von Poincaré empfohlenen und den von Lloyd George bevorzugten Mitteln zu wählen, sondern um die Wahl zwischen der französischen Methode und dem Nichtvorhandensein einer Methode, was bisher die englische Reparationspolitik kennzeichnete. Frankreich hätte sich widerspruchslos dem englischen Plan angeschlossen, wenn ein solcher Erfolg versprochen hätte, denn schließlich sei es dem französischen Volk einerlei, ob es auf englische oder französische Weise bezahlt werde. Deutschland zahle aber überhaupt nicht, und man könne auch nicht absehen, wann es zahlen werde.

Eine Lösung all dieser Fragen könne nur durch die Herabsetzung der deutschen Schuld zu erreichen sein, die aber nur durch eine Herabsetzung der französischen Auslandsschuld geschehen könne. Frankreich sei nicht nur bereit, diesen Weg zu beschreiten, es habe sich sogar einen Plan dafür ausgearbeitet. Im Augenblick, wo die verlangten Pfänder in der Hand der Verbündeten gemeinsam oder eines von ihnen seien, der für sie alle handle, sei die erste Grundlage für eine Kreditoperation gegeben. England dagegen gäbe sich zufrieden, die Reparationszahlungen zu stunden, ohne zu wissen, wann sie wieder aufgenommen werden könnten.

Die Bemühungen Oesterreichs.

Prag, 22. August. (Telunion.) Wie „Ludowe Novimi" berichtet, beruht das offizielle Ergebnis der Prager Reise Dr. Seipels in einer weiteren Abschlagszahlung auf die tschechische Anleihe, deren Gegenwert nach dem heutigen Kurse rund 175 Milliarden Wiener Kronen betragen dürfte und genügend hoch ist, um der österreichischen Regierung bis etwa Mitte September, dem Zeitpunkt der Errichtung der neuen Notenbank und der Wirksamkeit der neuen Spar- und Steuermaßnahmen, über das Schlimmste hinwegzuhelfen.

Berlin, 23. August. Der österreichische Bundeskanzler Seipel und Finanzminister Segure empfingen heute abend in der österreichischen Botschaft Vertreter der Presse, um Erklärungen über den Zweck ihrer Rundfahrt zu machen.

Seipel erklärte, daß er heute abend nach Verona abreisen werde, wo die Zusammenkunft mit dem italienischen Außenminister stattfinden wird. Das besonders in Ungarn verbreitete Gerücht, Österreich bereite mit dieser Reise seinen Eintritt in die Kleine Entente vor, erklärte Seipel für absolut unbegründet. Vor Abschluß der Rundfahrt werde Österreich keine politische Neuorientierung eingehen, das sei bei allen Besprechungen ausgemacht worden. Österreichs politische Zukunft dürfte nicht mit der Kleinen Entente in Verbindung gesetzt werden. Seipel sieht es als besonderes Zeichen des Schicksals an, daß er an diesen ereignisschweren Tagen nach Berlin kam. Die Entscheidung, ob die Reparationsverhandlungen zu einem für Deutschland erträglichen Ziele gelangen, wird auch für Österreich von Bedeutung sein.

Über die eigentlichen Ziele der Reise sprach der Finanzminister Segure. Er ging aus von der prekären Lage, in die Österreich gebracht wurde, als die Londoner Konferenz das Anleihegesuch an den Völkerbund verwies, wodurch die Verzögerung in der Errichtung der Notenbank eintrat. Trotz der früheren trüben Erfahrungen werde Österreich den Rat der Londoner Konferenz mit allem Ernst aufnehmen. In dem jetzigen Augenblick, wo das Brot über 4000 Kronen kostet und allwöchentlich um etwa 1000 Kronen teurer werde, frage es sich, ob überhaupt noch eine Möglichkeit vorhanden sei, Österreich in dem vom Friedensvertrag vorgesehenen Zustand zu erhalten.

Die Rundreise soll der Regierung die Informationen verschaffen und sie über die voraussichtliche Stimmung beim Völkerbund unterrichten, damit sie dann mit Ratschlägen an das Parlament herantreten könnte. Segure wandte sich gegen die Auffassung, daß Österreich unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe. Der Staatshaushalt sei für die nächste Zeit gesichert. Man werde auch eine solche Reise nicht 24 Stunden vor dem Zusammenbruch unternehmen, denn dann hätten Verhandlungen mit den Nachbarstaaten keinen Zweck mehr. Es sei auch keine Bettelreise, da man auf eine momentane Kredithilfe nicht gerechnet habe.

Freude in Wien.

Wien, 24. August. Die Presse gibt ihrer großen Freude und Befriedigung Ausdruck über den herzlichen Empfang des Bundeskanzlers Dr. Seipel in Berlin durch die deutsche Regierung. Die Blätter sprechen die zuversichtliche Überzeugung aus, daß Deutschland alles tun werde, was in seinen Kräften steht, um dem österreichischen Volke in seiner tiefen Not beizustehen. Andererseits verkennen sie nicht, daß die schwere Bedrängnis und Gebundenheit, in der Deutschland sich selbst befindet, seine Hilfe nur in gewissen Grenzen ermöglicht.

Seipels weitere Reisepläne.

Berlin, 23. August. (Tel.-U.) Zu Ehren des österreichischen Bundeskanzlers veranstaltete die Reichsregierung gestern abend ein Essen, an dem auch der Reichspräsident teilnahm. Heute gedenkt der österreichische Bundeskanzler einen Presseempfang zu veranstalten, auf dem er Mitteilungen über die bisherigen Erfolge seiner Reise machen wird. In die sachlichen Verhandlungen wurde gestern nachmittag eingetreten. Dr. Seipel wird bereits heute nachmittag sich nach Wien zurückbegeben, um von dort aus dem italienischen Außenminister Schanzer auf dessen Landsitz einen Besuch abzustatten. Bei der Besprechung mit Schanzer wird voraussichtlich auch der alte Gedanke einer österreichisch-italienischen Zollunion wieder aufgenommen werden.

Ungarn gegen den Rettungsversuch Oesterreichs.

Eilwese, 23. August. Die ungarische Regierung hat beschlossen, beim Obersten Rat gegen die Prager Konferenzen des österreichischen Kanzlers Protest einzulegen, da die Ziele dieser Konferenzen mit dem Vertrag von Trianon in Widerspruch stehen.

Arbeitslosen-Demonstration in Wien.

Wien, 23. August. Vor dem Parlament kam es heute mittag auf der Ringstraße zu stürmischen Demonstrationen der Arbeitslosen, die wegen der Nichterfüllung ihrer Forderungen seitens der Regierung lebhaft protestierten. Während der Demonstration sickerte das Gerücht durch, der sozialdemokratische Führer Dr. Friedrich Adler sei ermordet worden, wodurch die Erregung der Menge stark gesteigert wurde. Es kam zu einem Sturm auf das Parlament. Zwei Tore wurden eingeschlagen und die Trümmer auf die Straße geworfen. Auch ein Stück der Rampe stürzte ein. Die Wache mußte von der Waffe Gebrauch machen. Es gelang ihr schließlich, den Platz zu räumen. Einige Demonstranten wurden leicht verletzt. Der Geschäftswelt Wiens bemächtigte sich große Erregung. Um 2 Uhr waren fast sämtliche Geschäfte der inneren Stadt und auch die anderer Bezirke aus Besorgnis, es könnte zu Plünderungen kommen, geschlossen. Diese Furcht erwies sich aber als grundlos. Die Börse nahm auch infolge dieser Demonstration einen schwächeren Verlauf.

Eine geheimnisvolle Zusammenkunft.

Wien, 23. August. Wie der „Neuen Freien Presse" aus Ofen-Pest gemeldet wird, erfährt der legitimistischen Kreisen nahestehende „Uj Nemzedek", daß König Alexander von Jugoslawien vor einigen Tagen mit dem tschechoslowakischen Minister des Äußern, Benesch, in Tatara Lomnic eine geheime Zusammenkunft hatte. Das Ergebnis dieser Zusammenkunft soll sich in der nächsten Zukunft in Form von außenpolitischen Änderungen in Osteuropa äußern, die auch die Großmächte überraschen werden.

Aus den baltischen Staaten.

Wahlen in Dünaburg.

Wilna, 24. August. Am 20. d. Mts. fanden in Dünaburg die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Es wurden gewählt: 18 Polen, 21 Juden, 4 Lettländer, 2 Letgalier, 6 Russen, 6 Altzeremonielle und 3 Deutsche.

Aus der Tschechoslowakei.

Ergebnis der Volkszählung.

Brünn, 24. August. Das Statistische Amt hat die Ergebnisse der Volkszählung in der Tschechoslowakei veröffentlicht. Danach wohnen in Tschechien: 8 759 186 Tschechen, 3 122 390 Deutsche, 745 935 Ungarn, 75 655 Polen, 459 364 Russen, 180 332 Juden und 23 235 Personen anderer Nationalität. Mithin ist Tschechien ebenso wie Polen ein Nationalitätenstaat.

Das Deutschtum in der Tschechoslowakei.

D. A. J. An der Prager deutschen Universität waren im Sommersemester 3009 Hörer eingeschrieben, unter ihnen 2423 Angehörige der deutschen Nationalität und 192 Ausländer 275 Frauen waren immatrikuliert.

Die deutschen Senatoren haben nach Schluß der Tagung des Senats an die deutschen Parteien den dringenden Aufruf gerichtet, an allen Orten sämtliche nationalen Vereinigungen in Ortsausschüssen zusammenzufassen, um die Grundlage für den Aufbau einer großen deutschen Volksorganisation zu bilden, die eigentlich den nationalen Abwehrkampf führen soll.

Nach den Ergebnissen der staatlichen Volkszählung beträgt die Zahl der Deutschen in Böhmen 2 173 230. Sie ist seit 1910 um 304 700 zurückgegangen, während die Zahl der Tschechen um 138 728 auf nunmehr 4 382 803 gestiegen ist. Die Zahl der Deutschen fiel also von 36,84 auf 33,04 Prozent, die der Tschechen stieg von 63,11 auf 66,64 Prozent.

Wachsende Arbeitslosigkeit.

Prag, 24. August. Die Arbeitslosigkeit im Lande nimmt immer mehr zu, was auf den dauernd steigenden Wert der tschechischen Krone zurückzuführen ist.

Vom Völkerbund.

Warschau, 24. August. Die Auslandsminister Finnlands, Lettlands und Estlands und der polnische Geschäftsträger in Estland, Neuman, haben in Reval eine Konferenz abgehalten, die mit der in den nächsten Tagen beginnenden Session des Völkerbundes zusammenhing.

Budapest, 24. August. Der ungarische Auslandsminister Graf Banffy hat erklärt, daß er in der Sitzung des Völkerbundes in vielen Fragen das Wort ergreifen werde und die Hoffnung habe, daß seine Ausführungen Gehör finden.

Rom, 24. August. Nach einer Londoner Statistik kostet der Völkerbund jährlich 1 Million Pfund Sterling.

Die Wilnafrage wird behandelt.

Genf, 24. August. Die litauische Regierung wandte sich am 8. d. Mts. an den Völkerbund mit der Bitte um Besprechung der Frage der Wilnaer Wahlen, der Frage der Angliederung des Wilnaer Gebiets an Polen, wie der gesamten Wilnaer Angelegenheit in der nächsten Plenarsitzung. Im Sinne dieses Wunsches wurden die genannten Angelegenheiten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundrates gesetzt werden.

Pluciński reist nach Genf.

Danzig, 24. August. Gestern abend ist dem Vernehmen nach der Generalkommissar Minister Pluciński nach Genf zu den Beratungen des Völkerbundes, in Angelegenheiten, die Danzig betreffen, abgereist. Von seiten Danzigs reisen Sahm, Volkmann und Werler nach Genf.

Die polnischen Vertreter.

Heute werden sich folgende Beamte des Außenministeriums als Sachverständige für die Session des Völkerbundrates und des Völkerbundes nach Genf begeben: Merbinger, Bratkowski und Wołogowski.

Aus Deutschland.

Inhalt der Vereinbarungen mit Bayern.

München, 22. August. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" greifen der angekündigten amtlichen Verlautbarung mit einigen Mitteilungen über den Inhalt der letzten Vereinbarungen zwischen der Berliner und Münchener Regierung vor.

Vor allem sichere die Reichsregierung ganz allgemein auch für Fälle einer durch Not veranlaßten Gesetzgebung oder Verordnungstätigkeit zu, daß Eingriffe in die Staatshoheit der Länder auch da vermieden werden sollen, wo eine verfassungsmäßige Möglichkeit dazu noch nicht ausgeschlossen sei. Wo solche Eingriffe nach Auffassung der Reichsregierung unvermeidlich sind, sollen sie, bevor eine Vorlage an den Reichstag geht, mit den Ländern und dem Reichsrat besprochen und so vorberaten werden, daß Konflikte vermieden bleiben. Die Berufsrichter des süddeutschen Senates sollen aus Süddeutschland bezw. aus Bayern stammen, die Laienrichter und ihre Ersatzmänner, die von Bayern vorzuschlagen sind.

Magnus Wörland und seine Erben.

Roman von Günther von Hohenfels.

(6. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Er fand Magnus in seinem Giebelstübchen; dieser hatte sich umgezogen und stand im schwarzen Anzug am Fenster. „Onkel, ich wollte eben zu Dir —" — „Dann mache ich es Dir ja bequem. Was wolltest Du denn? Und so feierlich?" — Auf dem Gesicht des jungen Mannes lag Befangenheit; dann aber sagte er fest: „Ich wollte Dich bitten, mich Deinen Sohn zu nennen." — „Du wagst wirklich —" — „Onkel, noch vor einer halben Stunde hätte ich es nicht gewagt. Ich weiß, was Du mir sagen willst. Ich bin vor einem halben Jahre als Bittender zu Dir gekommen. Du hast mich aufgenommen in Dein Haus, und nun — jetzt wirst Du mir zürnen. Ich liebe Magna, wie wäre es anders möglich! Ich habe sie geliebt seit dem ersten Augenblick, als ich sie sah, aber ich hätte wohl nie gewagt — Jetzt aber weiß ich, daß Magna mich liebt, und nun —" — „Nun denkst Du, daß ich einfach Dir meinen Segen gebe."

„Nein, Onkel, das denke ich nicht. Im Gegenteil, ich muß Dich um Verzeihung bitten. Ich habe ja nie geahnt, daß so schnell — ich bitte Dich nur, habe Vertrauen zu mir. Ich will mir Mühe geben, es zu verdienen, ich will unter Deinen Augen arbeiten, bis Du selbst mich für würdig hältst; nur das eine glaube mir, ich liebe Magna mehr als mein Leben, zürne ihr nicht, daß sie mich liebt."

Er hatte einfach und innig gesprochen, und in seiner Stimme bebte tiefe Empfindung. „Junge! Junge! Aber wie kam es nur?" — „Wir spielten Klavier und Geige, Magna war so verstört, ich — ich weiß nicht, ich ließ die Geige sinken, ich öffnete meine Arme — es zerriß mir das Herz, daß sie Kummer hatte, und da — da lag ihr Kopf an meiner Schulter und ich — ich habe sie geküßt; ich weiß selbst nicht, wie es geschah."

Da lachte der Reeder. „Nein Junge, sie hat Dich geküßt, und das will ich Dir sagen — eine Intrigantin ist sie, eine ganz gefährliche Intrigantin, und Du kannst Dich vor ihr in acht nehmen, wenn sie Deine Frau ist!" — „Onkel!" Jetzt fühlte sich der Reeder plötzlich umfaßt und mitten auf den Mund geküßt. „Onkel, Du willigst ein?" — „Herrgott, was hab' ich gesagt? Nichts! Und hier bleibst Du auf Deinem Zimmer! Ich werde einmal mit der Mutter sprechen." Er kam wieder herunter, und Magna sah ihn an — dann war er schon wieder umarmt und geküßt. Er ging zu Frau Therese hinüber und schloß die Tür. Mit einem bösen Gesicht, das ihm die Tochter doch nicht glaubte. Oben aber am Fenster stand der junge Magnus und spielte ein Jubellied auf seiner Geige.

Nun wurde das doch ein so fröhlicher Abend, wie ihn das ernste Patrizierhaus nicht gesehen, seit die Todesnachrichten aus dem Felde gekommen waren. Und doch keine erst ausgelassene Fröhlichkeit. Die beiden Alten hatten lange gesprochen, und dann war auch die Mutter des jungen Magnus ins Zimmer gerufen worden und hatte viele Tränen vergossen über das plötzliche Glück; darauf hatte man auch die beiden geholt, und nun saßen sie um den großen Tisch, Hand in Hand die Jungen, und ihre Augen waren voll Glück und Dankbarkeit. Und wie am Abend der Reeder allein in seinem Schlafzimmer stand, da war es ihm, als hätte er in diesen wenigen Stunden den Neffen mehr kennen gelernt als in dem ganzen halben Jahr. Die bescheidene, innige, innerliche Art, mit der er sein Glück empfangen, die treue Liebe, die aus seinen Augen strahlte, die ritterliche Verehrung, mit der er seine Braut umfing, der ruhige Ernst, als die Männer miteinander von der Zukunft der Firma sprachen, die Selbstverständlichkeit, mit der der junge Magnus selbst gefordert hatte, daß Magna stets die Inhaberin der Firma bleiben solle, — der Alte war zufrieden, er fühlte, daß er das Richtige getan und daß er zufriedener war, als er es gewesen wäre, wenn er sein Kind Viktor Grottschuß verlobt hätte.

Dann aber erschrak er und ging zu Therese hinüber, die heute ganz glücklich in ihren Kissen lag. Sie streckte ihm ihre Hand entgegen. „Magnus, ich danke Dir" — „Du dankst mir, wofür?" — „Ich hatte heute Angst vor Dir, und doch mußte ich es Dir sagen." — „Ich glaube, es ist gut so." — „Ich habe es schon lange gewünscht, er hat so treue Augen!" — „Aber was nun? Morgen kommen die beiden Grottschuß!"

Jetzt erschrak auch Therese. „Hast Du ihm Hoffnung gemacht?" — „Direkt nicht, aber er ahnt, daß ich nicht dagegen war." — „Ja, das hilft nichts, dann muß er eben unser Gast sein bei der Verlobung." — „Das geht nicht, das sieht aus wie gemalt. Zudem —" — „Wann wollten sie kommen?" — „Sie werden mit dem Mittagzuge fahren und gegen vier, zur Dinerzeit, bei uns sein." — „Dann denke ich, Du fährst morgen früh mit dem Auto hinüber. Du kannst gegen zehn dort sein und vorgeben, Du wolltest sie im Auto abholen. Dann findet sich wohl Gelegenheit, mit ihnen zu sprechen." — „Du hast recht, so ist es am besten."

So fuhr also der Reeder am Sonntagmorgen mit seinem Auto nach Hamburg. Im alten Patrizierhause aber rüstete Frau Therese das Mahl, das alte Festsilber wurde aus den Schränken geholt, die kostbaren Schätze, die Tafelaufsätze und goldenen Vasen, das herrliche Kristall wurde geputzt und die Damasttücher aus den Truhen genommen. Wer hätte vor wenigen Wochen gedacht, daß nach kurzer Zeit ein Fest in den Räumen der Trauer gefeiert werden sollte!

Auf den Frühstückstischen in den Familien der Brinkmann und Weller, der Sörensen und einiger anderer Familien, die einen engeren Patrizierkreis bildeten, lagen kleine Einladungskarten, schnell noch am Abend geschrieben, in denen die Familie Wörland sich die Ehre gab, zu einer Familienfeier zu bitten, und sich gleichzeitig entschuldigte, daß die Einladung so spät kam. Man munkelte, mutmaßte und brachte das Fest mit der Ankunft des Bürgermeisters Grottschuß zusammen, von der Wörland gesprochen. Was konnte ein Familienfest im Hause Wörland anderes sein als eine Verlobung Magnas, und man sprach über den jungen Grottschuß und kritisierte, ob er wohl in die Bremer Kaufmannskreise paßte. Ein Hamburger! Es besteht Konkurrenzdünkel zwischen den Stätten des Welthandels.

(Fortsetzung folgt.)

sollen nach Maßgabe ihres Vertrauens in der breiteren Oeffentlichkeit und nach ihrer Eignung für das Richteramt, nicht aber ausschließlich nach ihrer politischen Richtung ausgewählt werden.

Für umfassendere Vernehmungen von Zeugen, die in Süddeutschland ansässig sind, sollen die Senate des Staatsgerichtshofes ihre Tagungen in einer süddeutschen Stadt anberaumen. Beim Oberreichsanwalt soll ein besonderer bayerischer Referent für die süddeutschen Angelegenheiten aufgestellt werden. Dieser Referent soll auch über die interne Zuständigkeit des süddeutschen Senats oder die eines ordentlichen Gerichtes gutachtlich gehört werden. Den bayerischen Staatsanwälten, denen vom Reichsanwalt eine Angelegenheit zur Vorbearbeitung überwiesen wird, soll das Recht eingeräumt werden, Vorschläge bezüglich dieser Überweisung an die ordentlichen Gerichte oder an den Staatsgerichtshof zu machen.

Der Gedanke eines Steuerstreiks der Industrie und Landwirtschaft.

Berlin, 23. August. (Telunion.) Am Dienstag beschäftigte sich in Berlin eine Versammlung sämtlicher Reichsorganisationen des gewerblichen Mittelstandes mit der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens in engster Fühlung mit Landwirtschaft und Industrie für eine sachgemäße Reform des Steuerwesens. Ein hier gewählter Aktionsausschuß wird zunächst eine im ganzen Reich gleichzeitig an einem Tage abzuhaltende Kundgebung vorbereiten. In den Vorbesprechungen spielte u. a. auch die Frage eines etwaigen Steuerstreiks zur Erzwingung der Forderungen eine Rolle.

Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei.

Berlin, 23. August. Der frühere sozialdemokratische Abgeordnete und jetzige Chefredakteur der Stinnesschen „Deutschen Allgemeinen Zeitung", Dr. Paul Lensch, ist aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden. Der Grund hierfür dürfte in der politischen Wendung sein, die Lensch in letzter Zeit vollzogen hat. Er gehörte früher als Abgeordneter zu den radikalsten Mitgliedern der Partei, hat sich aber allmählich immer mehr nach rechts entwickelt. Der Eintritt in das Stinnesblatt hat aber wohl den Grund für seinen Ausschluß aus der Partei gebildet.

Bubenstück eines Marokkaners.

Düren, 22: August. (Telunion.) Ein 23jähriger Eisenbahn-Hilfsarbeiter aus dem benachbarten Hommelsheim, der in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag gegen 2 Uhr auf dem Wege zum Dienst an der hiesigen Kaserne vorüberging, erhielt von dem dort wachhabenden Posten, einem Marokkaner, ohne jede Veranlassung einen Bajonettstich in die Seite. Der Verletzte ist heute vormittag an den Folgen der Verwundung im städtischen Krankenhaus verstorben.

Die Wirren in Irland.

Die Ermordung Collins'.

Dublin, 23. August. Die Nachricht, daß der Oberkommandant der irischen Freistaattruppen, Michael Collins, erschossen wurde, hat wie eine Bombe eingeschlagen. Collins kam am Sonntag in Cork an und besuchte vorgestern und gestern eine Reihe militärischer Posten in der Grafschaft. Überall, wo er bei seinem unerwarteten Besuch erkannt wurde, wurde er von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Er wollte sich gestern abend in Begleitung des Generalmajors Balton, des Majors Gulan und des Hauptmanns Conrag in einem offenen Auto nach Macron begeben. In einem zweiten Automobil folgte eine Wache.

Als die beiden Automobile den Eingang von Macron durchfahren hatten, wurde ohne jedes Anzeichen eine Salve von versteckten Freischärlern gegen sie abgegeben. Durch die erste Salve wurde niemand verletzt. Collins und seine Begleiter sprangen augenblicklich aus dem Wagen und erwiderten das Feuer, wobei sie gleichzeitig Deckung suchten. Es entspann sich ein heftiges Feuergefecht von etwa halbstündiger Dauer. In dem Augenblick, als man dachte, die Angreifer seien zurückgeschlagen, wurde Collins von einer Kugel in die Stirne getroffen und tödlich verwundet. Er lebte nur noch wenige Minuten und starb mit den Worten: Verzeiht ihnen! Seine Begleiter versuchten, ihm zu Hilfe zu kommen, konnten sich aber infolge des Feuers nicht vom Platze rühren. General Balton wurde leicht verwundet. Ein Mann der Begleitmannschaft erhielt einen Schuß in den Kopf und befindet sich in einem sehr kritischen Zustande.

Die Nachricht vom Tode Collins wurde am frühen Morgen in Dublin bekannt. Die Straßen füllten sich sofort mit einer erregten Menge, von der viele Tränen in den Augen hatten. Auch in London war die Aufregung über dieses Ereignis größer als bei irgendeinem in der letzten Zeit erfolgten Todesfall. Lloyd George sandte sofort ein Beileidstelegramm an den Chef des irischen Freistaates Cosgrarc. Auch Lord Birkenhead gab sofort seinem Beileid telegraphisch Ausdruck. Die Leiche Collins wird mittels Schiffes von Cork nach Dublin befördert werden. Er wird ein Begräbnis auf Staatskosten mit allen militärischen Ehren erhalten. Man glaubt, daß er nächsten Sonntag an der Seite Griffiths auf dem Glasnerin-Friedhof beigesetzt wird.

Die Freistaatregierung hat heute nachmittag einen Aufruf an das irische Volk veröffentlicht, in dem zum Ausdruck kommt, daß der bedeutendste und tapferste Landsmann verschwunden sei, daß aber alle Gewalttaten die Regierung nicht davon abhalten werden, ihrem Recht mit allem Nachdruck Geltung zu verschaffen. Man glaubt, daß das Dail eireann sofort einberufen wird.

Das Staatsbegräbnis Collins.

London, 24. August. (Tel.-Un.) Die Leiche Collins ist gestern nach Cork überführt worden, wo das Staatsbegräbnis des ermordeten Irenführers stattfinden soll. Die irischen Städte stehen im Zeichen der Trauer. Der Geschäftsverkehr ruht.

Der voraussichtliche Nachfolger Collins.

London, 24. August. (Tel.-Un.) Es verlautet, daß Alderman Cosgrave, der gegenwärtige Vorsitzende der provisorischen Regierung, die Nachfolgeschaft Collins übernehmen wird. Der Oberbefehl über das Heer wird voraussichtlich General Mukahy, der in einer Proklamation seinen Entschluß, die Sache Collins zu Ende zu führen, ankündete, übertragen werden.

Aus Polen.

Reise Pilsudskis nach Bukarest.

Warschau, 23. August. Am 6. September tritt der Staatschef Pilsudski eine Reise nach Bukarest an. Diese Reise war bereits vor drei Monaten geplant, mußte jedoch damals wegen der polnischen Regierungskrise unterbleiben.

Der Staatschef ernannte das Mitglied des Obersten Gerichts Bresiewicz zum Generalwahlkommissar. Zu Delegierten Polens sind der bisherige polnische Vertreter beim Völkerbundrat, Prof. Askenazy, der Gesundheitsminister Chodźko und der polnische Kommissar in Danzig, Pluciński, ernannt worden.

Ministerrat.

Warschau, 24. August. Der Ministerrat hat in seiner Mittwochsitzung einen Antrag des Vorsitzenden des Hauptlandamtes, das Material über die Liquidierung und Annullierung von deutschen Besitzungen im ehemals preußischen Teilgebiet vorzubereiten, dann einen Antrag des Landwirtschaftsministers über die Erteilung einer finanziellen Staatsbeihilfe an landwirtschaftliche Meliorationen, einen Antrag des Kriegsministers über die Besoldung der Militärpersonen und einen Antrag des Finanzministers über die Zuteilung von Beihilfen für pensionierte Staatsfunktionäre, sowie Witwen und Waisen beraten. Außerdem erledigte der Ministerrat eine Reihe von Angelegenheiten administrativer Natur.

Verweigerte Ausfuhrgenehmigung.

Warschau, 24. August. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Wirtschaftskomitees des Ministerrates befand sich die Frage der Ausfuhr von 200 Waggons mit Eiern und 500 Schweinen. Obwohl Polen gegenwärtig gewisse Mengen von Schweinen sowie von Eiern ausführen könnte, ist das Wirtschaftskomitee jedoch zu der Überzeugung gelangt, daß die Produzenten, Händler und Vermittler diese Ausfuhrgenehmigung als Vorwand für eine neue Heraufsetzung der Preise ansehen würden, und hat deshalb auf Grund dessen beschlossen, keinerlei Ausfuhrgenehmigungen der genannten Artikel, sowie für Lebensmittel überhaupt zu erteilen.

Unfreundliches Vorgehen der ukrainischen Regierung gegen die Polen.

Charków, 24. August. Die Ukraina ist seit zwei Wochen der Schauplatz eines unerhörten Vorgehens der ukrainischen Regierung gegen die Polen und die polnische Gesandtschaft. Es wurden eine Reihe von Revisionen und Verhaftungen bei den Polen in Cherson, Mikołajew und anderen Provinzstädten durchgeführt. U. a. wurden auch eine Reihe von Revisionen bei den Angestellten der polnischen Gesandtschaft bzw. ihrer Delegation in der Provinz durchgeführt. Von den Revisionen und Verhaftungen ist eine ganze Reihe polnischer und ukrainischer Bürger betroffen. Man suchte bei ihnen besonders Beweise für ihre Beziehungen mit Polen und der polnischen Gesandtschaft, wobei man in vielen Fällen nicht davor zurückschreckte, die Erklärung abzugeben, daß die Revisionen und Verhaftungen für ihre Beziehungen mit der Gesandtschaft durchgeführt werden. Dieser ganz unerhörte Versuch, um jeden Preis Beweise herbeizuschaffen, zeitigte keine Ergebnisse. Sich auf die Tatsache der Revisionsdurchführung bei den Angestellten der Gesandtschaft und bei polnischen Bürgern stützend, legte die polnische Gesandtschaft im Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten eine Note nieder, die gegen die unbegründete Verhaftung der Polen und gegen die Schaffung einer Atmosphäre, die von Verdacht belastet ist, protestiert. Als Antwort sandte die ukrainische Regierung eine Note, die in sehr unfreundlichem Tone gehalten ist und u. a. die Abberufung aller Beamten der polnischen Gesandtschaft fordert.

Kosakenherrschaft in der Sowjetukraine.

Warschau, 23. August. Die „Rzeczpospolita" hat aus der Sowjetukraine die Nachricht erhalten, daß sich in Płoskirow und Umgegend eine ganze Division roter Kosaken niedergelassen haben soll. Einige sagen, daß ihre Aufgabe in dem Kampfe mit dem neuen Kurs der Politik und in der Wiederherstellung des wahrhaften Revolutionsgeistes bestehe. Die Kosaken führen Massenrevisionen in den Läden, Magazinen und Kooperativen durch, nehmen alle Waren für sich in Beschlag, unter dem Vorwand, daß sie polnischer Herkunft sind.

† **Ueberweisung von Wäldern an eine Gesellschaft.** In der Sitzung des Wirtschaftskomitees des Ministerrates wurde beschlossen, die vollkommene Nutznießung der Wälder des Fürsten Jerzy Lubomirski der oberschlesischen Holzindustriegesellschaft zu überweisen.

Fortsetzung der Unruhen in Kattowitz.

Sie tragen den Charakter eines Judenpogroms.

Kattowitz, 23. August. (Tel.-Un.) Die bereits seit zwei Tagen herrschenden Judenpogrome dauerten auch heute den Tag über an, wenn sie sich auch nicht in der gleichen Stärke austobten wie am gestrigen Abend und in den Nachtstunden. Junge Burschen sammelten sich in Stärke bis zu 300 Mann in den Straßen und drangen in Häuser ein, wo sie Juden vermuteten. Es blieb jedoch bei Mißhandlungen und Bedrohungen sowie einigen Diebstählen. In der Teichstraße drang gegen 12 Uhr mittags ein Trupp junger Burschen in das Kellergeschäft eines jüdischen Händlers ein und bedrohte den Inhaber so gewaltig, daß er aus Schreck einen Herzschlag erlitt und sofort starb. Die Polizei mußte des öfteren eingreifen. Sobald jedoch die Polizeipatrouillen wieder zurückgezogen wurden, sammelten sich wiederum größere Menschenmassen an, um nach anderen Straßen zu ziehen, wo sich dasselbe Schauspiel wiederholte. Die Wojewodschaftspolizei, die sonst nur mit Revolvern ausgerüstet ist, griff mit Karabinern ein. Für den Abend und die Nachtstunden werden weitere Terrorakte befürchtet. Die Polizeipatrouillen sind erheblich verstärkt worden. Die seit den letzten Tagen andauernden Judenpogrome dürften, wenn sie nicht sofort und gründlich unterbunden werden, in verheerender Weise auf das Wirtschaftsleben Polnisch-Oberschlesiens einwirken. Die Großhändler und Großkaufleute befürchten, daß die jetzigen Unruhen nur Vorläufer größerer Unruhen sind, und halten mit den Einkäufen zurück. Es droht dadurch die Gefahr, daß die Großhändler später nur noch zu teureren Preisen einkaufen können, was an sich schon eine erneute erhebliche Verteuerung aller Lebensmittel mit sich bringen muß.

Uns wird aus Kattowitz berichtet:

Der gestrige Dienstag stand im Zeichen der Polizeigewalt. An allen Straßen und Ecken bemerkte man Polizeipatrouillen und berittene Schutzleute. Die unsauberen Elemente hatten sich in die entlegenen Straßen der Stadt zurückgezogen. Wo sich diese Burschen zusammenrotteten, wurden sie durch Polizei auseinander getrieben. Bis in die späte Nacht hinein durchzogen die Patrouillen die Straßen der Stadt. In ungehöriger Weise hetzen die Burschen gegen die polnisch-galizischen Juden. Da sie auf den Straßen nichts mehr ausrichten können, besuchen sie jetzt zu 8 bis 10 Mann die Wohnungen jüdischer Händler. So erschienen am Dienstag nachmittag in einem Hause der Holtzestraße, in dem jüdische Händler wohnen, und stahlen aus der Wohnung eine Unmenge verschiedener Sachen. In die Wohnung der Frau Gladis, ebenfalls auf der Holtzestraße wohnhaft, kamen mehrere dieser Burschen und zerschlugen der dort wohnenden jüdischen Familie Siegmann fast alles, was sie an Habseligkeiten hatte. Außerdem wurde die Frau am Kopfe ziemlich schwer verletzt. Bei einer weiteren jüdischen Familie erschienen gleichfalls mehrere dieser Marodeure und erzwangen allerlei Lebensmittel und Sachen. Bei einem Warenhändler versuchten sie von dem jungen Manne mehrere Flaschen Wein zu erpressen. Die Wartehallen im Bahnhofe wurden die ganze Nacht hindurch nach arbeitsscheuen Subjekten durchsucht, und es mußte so manche Gestalt nach dem Polizeigefängnis wandern.

Von einem Leser der „Kattowitzer Zeitung" geht diesem Blatte folgendes Schreiben zu, das einen krassen Vorfall im Bahnhofsgebäude schildert:

In dem vollbesetzten Wartesaal 2. Klasse kam am 22. August gegen 8½ Uhr abends ein grasgrüner jugendlicher Bandit in Begleitung eines Mädchens auf einen neben mir sitzenden alten jüdischen Handelsmann zu und drohte ihm nach längeren Auseinandersetzungen unter Vorzeigung eines Gummiknüttels mit Ermorden, bis ihm der Jude 600 M. aushändigte. Dann verschwand das saubere Paar plötzlich.

Es ist fast nicht glaubhaft, daß sich angesichts eines vollbesetzten Wartesaales eine derartige Erpressung abspielen konnte, wo noch dazu das gesamte Publikum auf den Vorfall aufmerksam wurde. Es hatte aber niemand den Mut, den Burschen an die Luft zu setzen, weil man nicht wußte, wie sich der Tischnachbar dazu stellen würde.

Der herbeigerufene Polizeibeamte der Bahnhofswache entfernte sich wieder, ohne irgendwie einzuschreiten.

Wenn sogar in öffentlichen Staatsgebäuden der Hauptstadt der Wojewodschaft Schlesien solche Verbrechen möglich sind, so brauchen die weiteren Schandtaten des Mobs außerhalb der Stadt nicht zu überraschen. Es wirkt fast lächerlich, wenn draußen auf den Straßen große Aufgebote berittener Polizisten und Fußmannschaften auf dem Pflaster hin- und herklappern, während sich im frequentiertesten Lokale der Stadt jugendliche Verbrecher dem untätig zusehenden Publikum produzieren.

Man mag über die Judenfrage denken, wie man will, aber solche Banditenschandtaten dürfen nicht gebilligt werden.

Pilsudski wird in Kattowitz erwartet.

Kattowitz, 23. August. Vom Wojewodschaftsamt erhalten wir folgende Nachricht:

Am Sonnabend, dem 26. August, wird der Staatschef Josef Pilsudski in Oberschlesien eintreffen. Während des Sonnabends und Sonntags wird sich der Staatschef in Kattowitz und Umgegend aufhalten, von wo er sich am Montag auf dem Rückwege über Rybnik und Pleß nach Dziedzitz begeben wird. Die Verbände, Vereinigungen und Organisationen aus Kattowitz und Umgegend bereiten sich zum Empfang des Staatschefs in Kattowitz am Sonntag vor. Die näheren Punkte des Empfangsprogramms werden noch zur Kenntnis gebracht werden.

Der Staatschef wird, von Czenstochau kommend, sich zuerst nach Lublinitz zwecks Inspizierung der Garnison und hierauf in gleicher Absicht nach Tarnowitz begeben, so daß seine Ankunft in Kattowitz sich bis zum Sonnabend abend verzögert. Der Staatschef gedenkt, den ganzen Sonntag in Kattowitz zu verweilen, eine Parade abzunehmen und sich im Wojewodschaftsgebäude die Spitzen der Wojewodschaftsbehörden vorstellen zu lassen. Das nähere Programm ist noch nicht festgesetzt. Aus einer Redewendung des polnischen Staatschefs geht jedoch hervor, daß er wünscht, es möge infolge seines Besuches der wirtschaftliche Gang des öffentlichen Lebens in keinerlei Weise beeinträchtigt werden. Am Montag gedenkt der Staatschef sich nach Pleß und Rybnik zu begeben.

Informationsreise polnischer Minister.

Kattowitz, 23. August. Der polnische Minister des Innern, Kamieński, soll, polnischen Pressemeldungen zufolge, die Absicht haben, noch diese Woche der Wojewodschaft seinen Besuch abzustatten, um sich über alle Angelegenheiten, die mit seinem Ressort in Verbindung stehen, an Ort und Stelle zu informieren. Infolge des angekündigten Kommens des polnischen Staatschefs ist es jedoch noch nicht ganz sicher, ob er seine Absicht durchführt.

Der polnische Handelsminister Straßburger ist heute, Mittwoch, früh nebst einer Reihe von Delegierten anderer Departements in Kattowitz eingetroffen. Im Wojewodschaftsgebäude fand heute aus diesem Anlaß eine Sitzung der Vertreter des Handels, der Industrie und der Arbeiterschaft mit dem Minister statt, um über alle wirtschaftlichen Fragen der Wojewodschaft zu beraten. Im Vordergrund des Interesses stehen die schwierigen Verkehrs- und Ernährungsverhältnisse, sowie alle die Voraussetzungen, die auf dem Gebiete des Handels einen engeren Kontakt mit Warschau und Kongreßpolen gestatten. Die Reise des Handelsministers soll die Maßnahmen vorbereiten, die imstande sind, den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Ostoberschlesien wirksam zu begegnen.

Kein Sacharin nach Oberschlesien.

Warschau, 23. August. Der schlesische Wojewode hat eine Verfügung erlassen, welche die Einfuhr von künstlichen Versüßungsmitteln (Sacharin) aus dem Auslande und den anderen Gebieten der Republik Polen nach dem Gebiet von Polnisch-Oberschlesien verbietet.

Deutsches Reich.

** **Verhandlung gegen die Rathenau-Mörder.** Nach dem Reichsgesetz über den Staatsgerichtshof kann dieser selbst bestimmen, in welchen Orten eine von ihm angekündigte Verhandlung stattfinden soll. Bisher war es zweifelhaft, ob gegen die Rathenau-Mörder Techow und Genossen in Berlin oder in Leipzig verhandelt werden sollte. Nunmehr aber hat der Staatsgerichtshof entschieden, die Hauptverhandlung in Leipzig stattfinden zu lassen, und zwar im großen Sitzungssaal des Reichsgerichts. Die jetzt noch im Moabiter Untersuchungsgefängnis sitzenden Angeklagten werden Anfang September nach Leipzig gebracht. Die Verhandlung selbst ist noch im September zu erwarten.

** **Zum Attentat auf Scheidemann.** In dem Verfahren wegen des Attentats auf Scheidemann sind der Leutnant Plaas, der Kapitän Hoffmann und Leutnant Heinz außer Verfolgung gesetzt und der Haftbefehl gegen sie ist aufgehoben worden. Der Haftbefehl gegen Tillessen bleibt in Kraft.

** **Verstaatlichung der Sicherheitspolizei.** Der preußische Minister des Innern hat die Ausübung der Sicherheitspolizei mit Wirkung vom 1. Oktober d. Js. ab in den Städten Erfurt und Halle besonderen staatlichen Beamten übertragen. In den genannten Städten werden Polizeipräsidien errichtet, die die betreffenden Stadtkreise umfassen und dem Ministerium des Innern unterstehen, während die kommunalen Polizeiangelegenheiten weiter von den örtlichen Behörden erledigt werden.

** **Preußische Minister im Rheinland.** Der preußische Ministerpräsident Braun und Landwirtschaftsminister Wendorff werden sich Anfang nächster Woche zu einer Informationsreise ins Rheinland und besetzte Gebiet begeben.

** **Ein Erzbergerdenkmal in Biberach.** Die Stadt Biberach hat für Erzberger ein Denkmal errichten lassen, das am 26. August, dem Jahrestag seiner Ermordung, enthüllt werden wird. Niemand hat eine größere Liebe, als der, der sein Leben hingab für seine Freunde.

Zweistunden-Flug ohne Motor.

In der Rhön (Gebirge in Hessen) sind am 19. August sportliche Leistungen vollbracht worden, die in der ganzen Welt Aufsehen erregen werden. Der Student Martens aus Hannover stieg gestern abend auf der Wasserkuppe in der Rhön mit seinem motorlosen Segelflugzeug auf, erhob sich etwa 100 Meter über seinen Aufstiegplatz, kreuzte 45 Minuten lang darüber und flog dann, sich lange noch in gleicher Höhe haltend, ins Land hinein. Er landete schließlich nach einem Fluge von 1,06 Stunden bei einem Dorfe zehn Kilometer westlich der Kuppe. Dieser Weltrekord wurde bereits heute von dem Studenten an der Technischen Hochschule Hannover Hentzen mit 2 Stunden 10 Sekunden geschlagen. Hentzen flog dieselbe Maschine wie Martens, die von der Hannoverschen Waggonfabrik erbaut und von der flugwissenschaftlichen Gruppe der Technischen Hochschule und des Vereins für Flugwesen Hannover konstruiert ist. Hentzen stieg gleich nach Abflug 100 Meter über die Wasserkuppe, ging dann auf 200 Meter und hielt diese Flughöhe dauernd während eines ganz gleichmäßigen Fluges bei. Als nach 1¾ Stunden der Wind abflaute, schloß Hentzen den für den 100 000 Mark-Preis des Rhön-Wettbewerbes erforderlichen Streckenflug an. Er landete an derselben Stelle, wie tags zuvor sein Kommilitone Martens.

Wir haben uns in Deutschland verlobt und zeigen dies hierdurch an [8753

Luise Stark
Emil Lenz

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit herzlichsten Dank (5758

Poznań, August 1922.
ul. Sporna 14, I.

Betriebsing. **Bruno Galke und Frau**
Gertrud geb. Goeldner.

Verkaufe krankheitshalber sofort meine

Landwirtschaft

20 Morgen groß, mit guten massiven Gebäuden. Offerten erbittet **Friedrich Hübner, Podlesie,** Kreis Oborniki, Post Boruszyn. (8762

Ein seltenes Angebot!!

Meine 97 Morgen große Landwirtschaft, darunter 27 Morgen Wiese, 20 Morgen Wald (Bauholz), Acker und Wiese erstklassig mit voller Ernte, lebendem und totem Inventar (4 Pferde, 1 Fohlen, 12 Rinder und 3 Schweine) möchte ich am liebsten gegen eine beliebige Wirtschaft in Deutschland vertauschen oder gegen Barzahlung verkaufen. Anfragen bei Herrn Gastwirt **Schoen, Czarnylas** (früher Schwarzwald), Kreis Odolanów. [8751

Achtung.

Ich suche für Amerikaner eine Wasser- oder Dampfmühle. Anzahlung b. 40 Millionen Losiak, Poznań, **ul. Mickiewicza 11.** [8749

Haus

4 bis 12 Millionen, suche zu kaufen. Offerten unter **8757** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Saatwintergerste

hat abzugeben

Posener Saatbaugesellschaft T. z o. p.
Poznań, Wjazdowa 3, Fernruf 5626.

Torfstechmaschinen und Torfpressen

bewährter nebst Konstruktion u. solider, kräftiger Ausführung empfiehlt [8372

Maschinenfabrik F. Eberhardt,
Bydgoszcz.

Pianinos kauft

[396

und zahlt die höchsten Preise.

Offerten:
„Hotel Monopol" unt. „Pianino."

Zeitungs-Bestellzettel f. Postabonnement.

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat September 1922
durch die Post zum Preise von M. 440.— monatlich zuzüglich Zustellgebühr.

Name .... Wohnort ....

.... Straße ....

Achtung!!
Große Auktion!!

in Inowrocław, św. Mikołaja 13
am Montag, dem 28. August
von 11 Uhr vormittags an.

Wegen Auflösung **meines Speditionsbetriebes** verkaufe ich am obengenannten Tage meistbietend gegen gleich bare Zahlung mein gesamtes lebendes und totes Inventar, bestehend aus:

5 guten Pferden, 7 Patent Roll- oder Plattenwagen auf Federn, **7 Kasten- oder Kohlenwagen, 2 Möbelwagen, 2 große Leiterwagen, 1 Kutschwagen, Arbeits- und Kutschgeschirre, 1 Schrotmühle, 1 Häckselmaschine, Dezimalwagen, Sackkarren, Wagenwinden, Reserveräder und Wagenteile, Ketten, Taue,**

sowie viele andere Bedarfsartikel für Handel, Industrie und Landwirtschaft. [8739

Besichtigung 1 Stunde vorher.

Ed. Rosenberg, Inowrocław, Mikołaja 13.

Rittergut 4000 Morg.
in Deutsch-Oberschles.

sofort zu kaufen gegen gleiches in Provinz Posen. Offerten an [8746

P. Niedziela, Poznań,
Aleje Marcinkowskiego 24.

Suchen Sie Käufer?

6231

Für festentschlossene zahlungsfähige Käufer suchen wir **Güter, Landwirtschaften, Ziegeleien, Fabriken, Geschäfts- und Hausgrundstücke** sowie Geschäfte aller Art.

Meckelburg & Co.,
Handelsfirma, Zentrale
Poznań, Jeżyce,
ul. Patr. Jackowskiego 35.

Wohnungen

1 od. 2 möbl. Zimmer

von einem Herrn gesucht. Off. u. **8724** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Stellenangebote

Zu sofort junger energisch.

Feld-Beamter

gesucht. **Dom. Lubosin, pow. Szamotuły.** (8747

Stellengesuche

Gärtner,

25 J. alt, verh., sucht Stell. v. 1. 10. 22 auf Dom. oder als **Fabrikgärtner.** Erfahren in allen Zweigen seines Berufs. **L. Barlog, Gutsgärtner, Koczanowo p. Śmigiel.** (8717

Bekanntmachung.

1 kompl. Dreschsatz

steht **sofort** zum Verkauf. Derselbe kann in Betrieb gesehen werden. **Hamm, Golęczewo** (früher Golenhofen).

Gesucht z. **1. Oktober** ein unverheirateter, erfahrener **Brennereiverwalter,** der kleine Reparaturen selbst macht. Zeugnisse und Gehaltsansprüche an (8754

Geheimrat Jonas, Szydłowo, pow. Mogilno.

Modelltischler

werden sofort eingestellt **„Herkules" Gniezno.**

Landwirtschaftliche Maschinen-Großhandlung in Danzig sucht für sofort

Lehrling

der deutschen und polnischen Sprache mächtig. Angebote unter **8663** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Zum baldigen Antritt gesucht

perfekte Stenotypistin und Buchhalterin

(Polnisch erwünscht, jedoch nicht Bedingung).

Meldung mit Lebenslauf, Referenzen, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an den

Hauptverein der deutschen Bauernvereine
ul. Fr. Ratajczaka 39.

Frauenloser Villenhaushalt (1 Person), Garten- und Kleintierzucht in Kleinstadt bei Posen sucht **bess. einfache Wirtschafterin** ohne Anhang, evgl., mögl. poln. sprech., nicht u. 40 Jahre. Zeugn., Bild u. Gehaltsanspr. u. **8748** a. die Gesch. d. Bl.

Dtsch., ev., 38 J., ledig, mit eigenem Haushalt, welcher umfass. Kenntnisse in Kasse u. Rechnungswesen besitzt, selbst. Arb. der poln. Spr. in Wort und Schrift nur teilw. mächtig, sucht ab 1. X. d. J. selbst. Stellung, bevorzugt

Rentmeister

eines großen Besitztums. Angebote unter **8690** an die Geschäftsstelle dieses Blattes einzusenden.

Gutsbeamter, m. reich. Erfahrung, 37j. verh., ev., Deutsch u. Poln. sprech., m. hiesig. Verhältn. best. vertraut, nachw. m. best. Erf. selbst. gewirtsch., sucht f. bald od. sp. anderw. Stell. Off. u. **G. 8659** a. d. Geschst. erb.

Ein durchaus sicherer

Rechner,

der polnischen und deutschen Sprache in Wort und guter Handschrift mächtig, sucht in den Abendstunden **Nebenbeschäftigung.** Offerten unter **8761** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Prima Korsetts Hüftenhalter Büstenhalter

empfiehlt in grosser Auswahl
Altrenommiertes Spezial-Korsett-Geschäft
Frau W. Kaczmarek, ul. 27. Grudnia 20.
Eigenes Mass-Atellier.

Zur Herbstsaat bieten an:

Orig. Hildebrand's Zeeländer Roggen,
Orig. Hildebrand's Fürst Hatzfeld-Winterweizen,
Orig. Hildebrand's Dickkopf-Winterweizen. Ausverkauft.

C. Hildebrand,
Kleszczewo, Kreis Środa, Post Kostrzyn.

Bestellungen erbeten an die [8505
Saatbaugesellschaft
Poznań, ulica Wjazdowa 3.

Am Montag, d. 28. d. Mts., nachm. 3 Uhr gelangen
zwei Pflaumen-Alleen mit ca. 250 reichtragenden Bäumen
öffentlich meistbietend zur Versteigerung. Pachtzins ist sofort zu entrichten. Sammelpunkt Pflasterweg **Pniewy-Białokosz** an der Gutsgrenze. **Gutsverwaltung Białokosz.** [8752

Galizische Felgen und Speichen
hat abzugeben [8626
S. Tiefenbrunn, Kępno Wkp.
ul. Warszawska 257. — Telephon 63.

Ankäufe u. Verkäufe

Roggen- u. Weizenstroh

drahtgepreßt, kaufen jed. Menge und erbitten Angebote. **Allmann & Comp., Altcarbe, Strohpapierfabrik.** (4023

Eine 1900 Epple-Buxbaum-Locomobile mit Torfpresse u. sämtl. Zubehör steht zum Verkauf. (8725

Max Wambeck,
Janówiec.

Achtung!
Habe 1000 Zigarren „Elli"

der Zigarrenfabrik J. Brandt billig abzugeben. Offerten unter **8742** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Zu verkaufen: 8722

Groß. Posten Spielwaren, blaue und weiße Aktendeckel, versch. Druck- u. Postpapiere, Postkarten usw., 2 tadell. Lipsia-Hängelicht-Spirituslampen, sowie älteren gebrauchten **Flügel.**

Kietzmann, Mur.-Goślin.

Karbid

empfiehlt [391
M. Mrugowski,
św. Marcin 62.

Mehrere gestrickte **Knabenanzüge** (Bleyle), neu, f. 8 b. 12 J. zu verkaufen. **Wittich, ul. Stroma 26** (Hahnkestr.) **II. links.** (8756

Photogr. Atelier „beim Schloss"
(Św. Marcin 37).
Moderne Porträts
für Legitimationen.
Auf eilige Photographien kann gewartet werden.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag 10: Gd. Greulich. — 11: Kindergd. Ders.

Kreising. Sonntag 3: Gd. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenschlußgottesdienst. Haenisch. — Sonntag, 10: Gd. Schneider. — 11½: Kindergottesdienst. Ders. — Amtswoche: Ders.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. D. Blau. — Mittwoch, 8: Bibelstd. Stuhlmann. — Amtswoche: Ders.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße). Sonntag (Kirchweihfest), 9: Beichte. Jungermann. — 9½: Abschiedspredigt und heil. Abendmahl Jungermann.

St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Predigt. Büchner. — 12: Kindergd. Ders.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gd. Ritz. — 11¼: Kindergottesdienst. Ders. — Mittwoch, 8: Jungfrauenverein.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag, 10: Gd. Brummack. — 11½: Kindergd. Ilse. — Freitag, 4½: Vorst.-Stzg. der Frauenhilfe. — 6: Bibelstunde. Brummack.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, Heimatfest in Steindorf (s. Anschl.) — Montag, 7½: Blasen. — Mittwoch, 7: Bibelstde. — 8: Besprechungsabend. — Donnerstag, 6½: Polnisch. — 7½: Blasen. — Sonnabend, 5: Faustballspiel. — 8: Wochenschlußandacht.

Kapelle der Diakonissen-Anstalt. Sonnabend, 8: Wochenschlußgd. Sarowy. — Sonntag, 10: Gd. Ders.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten), ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag: ½10: Predigt. Jordan aus Łódź. — 2½: poln. Gottesdienst. Jordan. — 4: Predigt. Jordan. — Mittwoch, 7: Gebetsstunde.

Die Pariser Bluthochzeit.

Der unter dieser Überschrift in der Beilage zu Nr. 188 des „Pos. Tagebl." (23. August 1922) erschienene Artikel entspricht durchaus nicht der geschichtlichen Wahrheit.

Zunächst die Zahl der Opfer: sie wird nach den neuesten Forschungen auf höchstens 5000, nicht aber auf 50 000 bis 100 000 angegeben. Jeder wird natürlich die Niedermetzelung der Hugenotten verurteilen. Doch ist es falsch, daß sie im Namen Christi geschehen ist. Der Artikel gibt selbst zu, daß die Verantwortung für den Blutplan die Königinwitwe Katharina von Medici trifft. Diese war aber so wenig katholisch, daß sie ihre Tochter Margarete trotz der Verweigerung des Ehedispens des Papstes dem Kalviner Heinrich von Navarra zur Ehe gab, daß sie ihren Sohn Heinrich von Anjou mit der Königin Elisabeth von England verheiraten wollte, ja, daß sie nach der Mitteilung des päpstlichen Nuntius in Paris gar nicht einmal an Gott glaubte.

Das Blutbad wurde vielmehr aus rein politischen Gründen angerichtet, nämlich deswegen, weil nach dem Frieden von St. Germain (1570) mit den Hugenotten es ihrem Führer, dem Admiral Coligny, gelungen war, den König Karl IX. dem Einfluß seiner Mutter Katharina zu entziehen und zu einer für die Monarchie schädlichen Politik (Unterstützung der Niederländer gegen die Spanier) zu überreden; nur der Tod des Admirals schien Katharina einen Ausweg zu bieten. Als aber ein Attentat auf ihn am 22. August mißlang und die Beschwerden seiner Anhänger, die sich damals gerade zu der am 18. August gefeierten Hochzeit Margaretens zahlreich in Paris eingefunden hatten, zu befürchten waren, ja als es ruchbar wurde, daß die Hugenotten für den 24. August ein Attentat auf den königlichen Palast und die königliche Familie planten, da sah Katharina mitsamt ihrem Sohne Heinrich und ihren Helfershelfern kein anderes Mittel, als die in Paris versammelten Hugenotten in der Nacht vom 23. zum 24. ermorden zu lassen. Nach längerem Sträuben erklärte sich Karl IX. damit einverstanden, ohnedies durch die drohende Sprache Colignys ihm gegenüber gereizt. Der Mordplan war also nicht von langer Hand her vorbereitet, sondern durch die Not des Augenblicks erzeugt.

Bei der Beurteilung der Mordtat muß beachtet werden, daß die Protestanten durch unzählige Bluttaten — ein Hugenotte hatte sich sogar einen Kranz von lauter abgehauenen Mönchsohren zurecht gemacht — und freventliche Entweihung und Zerstörung zahlloser Heiligtümer — über 800 Kirchen, darunter 50 Kathedralen — die Katholiken aufs äußerste erbittert hatten; darum wurde auch gerade an den Orten, die unter den Gewalttaten der Hugenotten am meisten gelitten hatten, das Beispiel der Hauptstadt besonders nachgeahmt. Was nun das Verhalten des Papstes betrifft, so ist es wahr, daß er ein feierliches Tedeum mit Prozession halten und zur Erinnerung an den Tag eine Medaille prägen ließ; aber fragen wir uns auch, aus welchem Grunde er dies tat! Zunächst zum Dank für die Errettung der königlichen Familie. Denn Karl IX. hatte, um sich zu rechtfertigen, den auswärtigen Höfen mitteilen lassen, es sei eine Verschwörung gegen sein Leben entdeckt und dieselbe durch die Ermordung der Verschwörer unterdrückt worden; an der Wahrheit dieser Erklärung zweifelte damals auch der englische Hof nicht. Mußte der Papst nicht diese Gelegenheit benutzen, um den König, mit dem er auf gespanntem Fuße stand, für sich zu gewinnen? Zweitens hielt der Papst das Tedeum auch zum Dank für den Sieg der katholischen Sache. Man bedenke, daß das 16. Jahrhundert das des Abfalls von der katholischen Kirche war, daß außer Deutschland nun auch Frankreich, die älteste Tochter der Kirche, zum größten Teil verloren zu gehen drohte. Übrigens mißbilligte Gregor XIII. die Art und Weise, wie der König vorgegangen war, und sprach wiederholt seinen Abscheu und Schmerz über die Niedermetzelung der Hugenotten aus. Wo liegt in all diesem die Berechtigung, den Satz zu schreiben: „Noch furchtbarer als die Tat wirkt der bacchantische Jubel, den sie in katholischen Kreisen auslöste"? Sollte man wirklich die Stimmung des Statthalters Christi nicht verstehen können? Wie stellte man sich übrigens sonst zu der Pariser Bluthochzeit? Die deutschen Lutheraner erklärten das Blutbad für eine gerechte Strafe Gottes an den Kalvinisten. Und wie hatte sich früher der „edle" Coligny bei der Ermordung des Herzogs Franz von Guise benommen? Er hatte sie offen als höchstes Glück für Frankreich gepriesen und nichts zu deren Verhinderung getan, obwohl er von dem verbrecherischen Vorhaben wußte. Ebenso rühmte den Mord der kalvinische Theologe Beza in Genf als Tat des rettenden Gottes. In dem Artikel ist auch das Sätzchen: „Es heißt, daß Philipp II. unter ihrem Eindruck (d. h. der Nachricht von dem Blutbad) zum ersten Mal in seinem Leben gelacht habe", eines ernsten Geschichtsschreibers durchaus unwürdig; in der Geschichte operiert man nicht mit Gerüchten, zumal dann nicht, wenn sie nur zur Aufpeitschung der niedrigsten Haßinstinkte dienen können.

Ich schließe meine Berichtigungen mit dem Ausdruck des aufrichtigsten Bedauerns, daß das „Pos. Tagebl." abermals, wie bei dem Artikel über die Mischehen, seine Spalten einem Elaborat geöffnet hat, das nur geeignet ist, unter den Deutschen Unfrieden zu säen zu einer Zeit, wo Eintracht so notwendig ist.

Domherr Dr. A. Steuer.

*

Wir haben nicht gezögert, diese Berichtigung zu bringen, da sie die Sache, von der die Rede ist, wieder von einer anderen Seite zeigt und es unser Hauptbestreben ist, jede Einseitigkeit zu vermeiden. Übrigens haben wir den betreffenden Artikel aus einer großen Korrespondenz, die wir beziehen, entnommen. Die von Herrn Dr. Steuer angeführten Tatsachen, welche zur Berichtigung unseres Artikels dienen, erkennen wir gern an. Manches bleibt Ansichtssache, und in der Ausdeutung der psychologischen Motive und in der moralischen Beurteilung werden naturgemäß immer verschiedene Ergebnisse zustande kommen, je nachdem der Beurteilende ein Protestant oder Katholik ist. Obgleich wir gegen mehrere Punkte der Auffassung des verehrten Herrn Dr. Steuer Verschiedenes, und zwar recht Erhebliches, einzuwenden haben, wollen wir dies hier um des Friedens willen nicht vorbringen.

Offen bekennen wir, daß wir den Abdruck des betreffenden Aufsatzes bedauern, da gegenwärtig die größte Einigkeit zwischen allen Deutschen, seien es nun Katholiken oder Protestanten, seien es Konservative, Monarchisten oder Sozialdemokraten, dringend nottut. Wir teilen Herrn Dr. Steuer und allen Katholiken, welche an dem besagten Artikel Anstoß genommen haben, mit, daß wir künftighin mit der größten Sorgfalt alles vermeiden werden, was bei unsern katholischen Volksgenossen Anstoß erregen könnte.

Aussprache über den Posener Landarbeiterstreik.

Der Arbeitgeberverband des Hauptvereins deutscher Bauernvereine veranstaltete Donnerstag mittag im Evangelischen Vereinshause in Posen eine von rd. 200 Landwirten, meist Großgrundbesitzern, besuchte Versammlung, um einen Bericht des Arbeitgeberverbandsvorsitzenden, Herrn von Saenger, über die dem Ausstande vorangegangenen Verhandlungen und den Streik entgegenzunehmen. Der Versammlung wohnten als Gäste zwei Herren vom polnischen Produzentenverbande, u. a. der Direktor Schröder bei.

Nachdem Herr von Saenger die Vertreter des Produzentenverbandes begrüßt und die übrigen zahlreich Erschienenen willkommen geheißen hatte, wies er auf das erfreuliche Ergebnis des Endes des Landarbeiterausstandes hin, das eine Folge der von den Landwirten bewiesenen Solidarität, sowie des Zusammengehens der beiden Arbeitgeberverbände, des deutschen, wie des polnischen, sei. Während des Ausstandes habe sich nicht der geringste Mißklang zwischen den beiden Arbeitgeberverbänden gezeigt; beim Produzentenverband habe der Arbeitgeberverband stets das größte Entgegenkommen gefunden. Dafür gebühre ihm aufrichtigster und herzlichster Dank. (Lebhaftes Bravo.)

Der Redner ging dann zur Schilderung der dem Streik vorausgegangenen Verhandlungen über, die den Lesern des „Pos. Tagebl." zumeist bereits aus den seinerzeit veröffentlichten Notizen bekannt sind. Es handelte sich ursprünglich um die Neuregelung der neuen Bar- und der Mehrlöhne. Die erste Forderung der Arbeitnehmer lautete auf 3500 M. für den Morgen Roggen, während die Arbeitgeberverbände erheblich weniger boten. Schließlich wurde nach langem Hin und Her ein Kompromißvorschlag in der Sitzung am 11. Juli angenommen. In derselben Sitzung beschäftigte man sich auch mit der Frage der Barlöhne und hier ergab sich, daß die Arbeiter hart auf ihren Forderungen bestanden, auf Grund deren zu verhandeln gar keinen Zweck hatte. Deshalb lehnten die Arbeitgeber das Weiterspinnen der Verhandlungen ab, wenn nicht Forderungen gestellt würden, die auf realem Boden ständen. Bereits damals waren die Löhne der Deputatarbeiter erheblich höher, als die der Stadtarbeiter. Es lag also für die Arbeitgeber keine Veranlassung vor, den hohen Lohnforderungen Gehör zu schenken. Nach einer aufgemachten Umfrage betrugen die Mehrausgaben für die Lebenshaltung 23,6 Prozent. Auf dieser Grundlage sollten nun die landwirtschaftlichen Mehrlöhne festgelegt werden. Darüber hinauszugehen lag für die Landwirtschaft kein Grund vor, die im vergangenen Jahre eine schlechte Ernte gehabt hatte, so daß die Landwirtschaft zum Tragen erheblich höherer Löhne nicht mehr in der Lage war. Betrugen doch die Schulden der Landwirte der ehemaligen Provinz Posen bei den Banken damals über sechs Milliarden Mark. Hätte man die übertriebenen Forderungen der Arbeiter bewilligt, so hätten die Arbeitgeber eine Masse Leute zum 1. Januar einfach auf die Straße setzen müssen, während diese anderseits sämtlich erträgliche Beschäftigung behielten. Man ging also ergebnislos auseinander. Am 14. Juli wurde ein Schiedsgericht abgehalten. Es handelte sich für dieses nicht um die Fällung eines Urteils, sondern um eine Meinungsäußerung. Dr. Mroczkowski erklärte, daß, falls man sich dem Spruche des Schiedsgerichts nicht unterwerfe, die Angelegenheit nach Warschau weitergegeben werden müsse. Das Schiedsgericht gab seine Ansicht nach mehrstündiger Verhandlung dahin kund, daß für die Arbeiter aller Kategorien eine 50prozentige Lohnerhöhung stattfinden sollte. Das bedeutete, da der Arbeitgeberverband sich nur zu 30 Prozent verstehen wollte, eine sehr große Belastung. Deshalb lehnten die Arbeitgeberverbände diesen Schiedsspruch ab. Der Arbeitgeberverband gab dann am 20. Juli die Richtlinien für die neuen Löhne heraus auf der Grundlage einer Zulage von 25 Prozent. Die von Dr. Mroczkowski angekündigte Weitergabe der Sache nach Warschau erfolgte nicht.

Am 28. Juli veranlaßte Dr. Mroczkowski eine neue Versammlung zur Regelung der Lohnfrage, in der die Arbeitervertreter eine Regelung der Entlohnung auf Grund des Verhältnisses der Papiermark zur Goldmark, d. h. 1:1000 forderten, was neuen Lohnzulagen von 400 bis 600 Prozent entsprach. Diese Forderung bedeutete natürlich einen ganz groben Unfug, der lediglich zu Propagandazwecken in Szene gesetzt war. Die Verhandlungen verliefen daher ergebnislos, und der Ausbruch des Streiks war zu erwarten. Dr. Mroczkowski kündigte darauf für Montag, 31. Juli, das Eintreffen des Arbeitsministers an. Dieser trat dem Schiedsgerichtsspruch im Interesse der Aufrechterhaltung der Autorität bei. Seinen Ausführungen konnten sich die Arbeitnehmer nicht entziehen, und sie erklärten sich nun für die Bewilligung der 50 Prozent. Die Arbeitervertreter lehnten jedoch in einer besonderen Aussprache mit dem Minister die Annahme des Schiedsspruchs ab und erklärten am 1. August für den 2. August den Landarbeiterausstand, in dessen Verlauf soviel Blut geflossen ist und soviele Werte vernichtet wurden.

Den übertriebenen Forderungen der Arbeiter gegenüber mußte man es auf eine Machtprobe ankommen lassen, denn der Streik war lediglich eine Kraftprobe der Arbeiterführer mit einem starken politischen Einschlag. Die Mittel, die zur Durchführung des Streiks angewandt wurden, waren denkbar niedrig. Man griff zur Lüge, erklärte, die Regierung wünsche den Streik, und was dergleichen Schwindel mehr war. Der Streik umfaßte nur die Arbeiter, die im Verbande der Land- und Forstarbeiter organisiert waren, wenn auch nicht alle Mitglieder dieses Verbandes sich daran beteiligten. Die sozialdemokratischen Arbeiter lehnten den Ausstand ab. Die Lage der Arbeitgeber gestaltete sich infolge des schlechten Wetters äußerst schwierig. Sie wurde wesentlich dadurch gebessert, daß viele Städter und bäuerliche Besitzer ohne Unterschied der Nationalität bei der Bergung der Ernte mithalfen. Dafür gebührt ihnen der Dank der Allgemeinheit, aber auch unser Dank; ich bitte Sie, diesen durch Annahme einer Entschließung zum Ausdruck zu bringen. (Lebh. Zustimmung.)

Der Ausstand spitzte sich immer mehr zu und begann für die öffentliche Sicherheit gefährlich zu werden, was den hiesigen Behörden von vornherein leider nicht ganz klar zu sein schien. Allmählich erst wurden durch Aufgebote von Militär und Gendarmerie die schweren terroristischen Auswüchse beseitigt. Es folgten schließlich Verhandlungen über eine Einigung: man sollte sich mit den Arbeiterführern, den Urhebern der terroristischen Ausschreitungen, an einen Verhandlungstisch setzen. Das lehnten die Arbeitgeber aus begreiflichen Gründen ab. Der Abteilungschef aus Warschau, der hier eingetroffen war, machte für die Beilegung des Ausstandes besondere Vorschläge. Die Arbeitgeber blieben aber bei ihrem bisherigen Zugeständnis von 50 Prozent bestehen. Ein weiterer Vorschlag des Abteilungschefs, das Deputat für die Streiktage nicht abzuziehen, wurde ebenfalls abgelehnt. Nun reiste der Abteilungschef wieder nach Warschau unter Zurücklassung einer Proklamation ab, in der die Bewilligung der 50 Prozent, keine Entlassung wegen der Teilnahme am Streik und kein Abzug des Deputats vorgeschlagen war. Die Arbeitgeber verharrten aber auf

Reise nach Sowjetrußland.

Von Walter Eberhard Freiherr von Medem.

III. (Nachdruck verboten.)

Religion in Rußland.

Moskau, August 1922.

Zwei Stunden nach meiner Ankunft in Moskau stand ich abends am offenen Fenster, das ungewohnte Bild der goldleuchtenden Kuppeln und buntfarbigen Dächer in mich aufnehmend, da überraschte mich in meinem Träumen eine Woge von hundertfältigem Glockenklang, das Abendlied der Moskauer Kirchenglocken, deren dunkelweiches Tönen ein Ausdruck der russischen Seele in ihren unergründlichen Tiefen zu sein scheint. Wer aus Mitteleuropa in das Land des roten Sowjetsterns reist, ist auf solche religiöse Stimmung nicht gefaßt.

Am nächsten Tage las ich den großlettrigen Spruch, den die kommunistischen Machthaber kurz nach der Revolution 1917 gerade gegenüber dem volkstümlichsten Heiligtum Moskaus, der Iberischen Mutter Gottes, anbringen ließen: „Religion ist ein Opium für das Volk." Man ist gewillt, an jene Vermessenheit menschlichen Geistes in der französischen Revolution zurückzudenken, die eine Göttin der Vernunft nackt auf den Altären prostituierte.

In den Kirchen Moskaus knien heute noch die Menschen und geben ihrer religiösen Sehnsucht den Ausdruck, der sich an Formen der Anbetung klammert. Und der weihevolle Klang der Moskauer Kirchenglocken mag gerade in diesen Notzeiten in den Seelen vieler jenes unbekannte Heimwehgefühl nach dem Göttlichen auslösen, das auch das schwerste materielle Leid zu tragen befähigt.

Die regierende Gewalt in Rußland scheint in den Jahren ihres Wirkens eingesehen zu haben, daß an der Mystik der russischen Volksseele ein Parteiprogramm zerbrechen muß, das Religion als Opium für das Volk bezeichnet und darum im Volke die Religion programmatisch abtöten müßte. Die Sowjetregierung stört darum die Religion in Rußland nicht, aber die Sowjetregierung beschäftigt sich darum desto mehr mit Kirchenpolitik.

Die orthodoxe Kirche macht zurzeit eine Entwicklung durch, deren Bedeutung und Folgen noch unabsehbar sind. In Moskau tagt augenblicklich der Kirchenkongreß der „lebendigen Kirche", die die Sowjetregierung sozusagen selbst aus der Taufe gehoben hat. Ein kurzer historischer Rückblick der Entstehung dieser „lebendigen Kirche" muß gegeben werden.

Welche Bedeutung die alte orthodoxe Kirche für die politische Macht des Zarentums gehabt hat, wissen die jetzt an der Regierung sitzenden revolutionären Kräfte von ehedem am besten. Der Zar übte durch den von ihm ernannten Prokurator, der die höchsten geistlichen Würdenträger nach Belieben absetzen konnte, eine unumschränkte Macht über die Kirche aus. Nach der Kerenski-Revolution ging diese Macht nominell in die Hände des damals gewählten Patriarchen über, dem von der Regierung ein Prokurator zur Seite gestellt wurde. Der Patriarch hat die Kirche geschickt durch die schwierigsten Zeiten hindurchgesteuert und jeden Konflikt auch mit der Sowjetregierung vermieden. Die Sowjetregierung glaubte in der höheren Geistlichkeit einen Exponenten der hauptsächlich von Frankreich unterstützten reaktionären Emigrantenkreise zu sehen. Nahm sie bei der Erkenntnis von der Bedeutung der Kirche und Religion für das russische Volksleben den Kampf mit der Kirche selber nicht auf, so suchte sie doch nach einer Gelegenheit, die Macht der höheren Geistlichkeit in der orthodoxen Kirche aus politischen Gründen zu brechen. Die Institution der orthodoxen Kirche hatte schon lange vor dem Kriege einen gewissen Gegensatz zwischen der niederen und der höheren Geistlichkeit geschaffen. Die orthodoxe Kirche verlangt nämlich, daß der niedere Geistliche verheiratet sei, während sie dem höheren Geistlichen das Cölibat auferlegt. Infolgedessen rekrutierte sich die höhere Geistlichkeit nur aus den Mönchen, während der niederen Geistlichkeit ein Aufstieg in die höheren Kirchenämter unmöglich war. Wie nun die französische Revolution nach ihrem ersten antireligiösen Rausch die Kirche dadurch in die Hand zu bekommen suchte, daß sie die niedere Geistlichkeit gegen die höhere auszuspielen suchte, so schaffte sich die Sowjetregierung zum gleichen Zweck Anhängerschaft in der niederen russisch-orthodoxen Geistlichkeit. Als weitere Vorbereitung für den beabsichtigten politischen Schlag gegen die höhere Geistlichkeit kann man vielleicht auch die sowjetrussische Taktik gegenüber dem Vatikan betrachten.

Der Kampf der Sowjetregierung mit der höheren Geistlichkeit kam zum Austrag anläßlich der Durchführung des Regierungsdekrets über die Beschlagnahme der Kirchengüter für die Hungerhilfe. Gegen diese Beschlagnahme der Kirchenschätze an Gold, Silber und Edelsteinen erhob die höhere Geistlichkeit, an ihrer Spitze der Patriarch Tichon, Einspruch. Bei der trotzdem durchgeführten Beschlagnahme kam es zu Tätlichkeiten der kirchenfreundlichen Bevölkerungsteile, die sogar Menschenopfer der ausführenden Sowjet-Regierungsorgane forderten. Daraufhin wurde der größte Teil der höheren Geistlichkeit verhaftet, unter ihr der Patriarch Tichon; der Metropolit von Petersburg, dem man die Aufreizung der Volksmassen vorwarf, sogar zum Tode verurteilt. Letzteres Urteil ließ die Sowjetregierung bisher noch nicht vollstrecken. Tichon hatte bei seiner Verhaftung den Bischof Leonid zum Nachfolger bestimmt. Die Sowjetregierung erkannte aber Leonid nicht an, sondern setzte den Priester Antonius, einen Vertreter der niederen Geistlichkeit, in das Amt des Patriarchen. Daraufhin erließ der Metropolit von Jaroslaw einen Brief an die Geistlichkeit, in dem er die Geistlichen ersuchte, bis zur Rückkehr Tichons in allen kirchlichen Fragen ohne höhere Weisung selbständig zu handeln, im übrigen aber den Maßnahmen der Regierung keinerlei Widerstand entgegenzusetzen. Dieser Brief wurde in Moskau durch eine bisher unaufgeklärte Manipulation in eine gegen die Regierung sich richtende Form abgeändert und so zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Dann ging man gegen die höhere Geistlichkeit endgültig vor und enthob sie ihrer Stellung. So kam es zur Spaltung in der orthodoxen Kirche. Der neue sowjetfreundliche Patriarch Antonius arbeitet nun zielbewußt darauf hin, die gesamte niedere Geistlichkeit in seine Gefolgschaft zu bringen. Der jetzt tagende Kirchenkongreß der „lebendigen Kirche" berät daher über die Aufhebung des Cölibats der Bischöfe und über die Liquidation des Mönchstums, um den niederen Geistlichen den Aufstieg in alle höheren Ämter zu ermöglichen. Als Prokurator der neuen Kirche wirkt der von der Sowjetregierung zurückberufene Emigrant Lwow, der schon während der Kerenski-Zeit Prokurator der orthodoxen Kirche gewesen war. Auch Lwow ist Anhänger einer Unterstützung und Loyalität der neuen Kirche für die Sowjetregierung. So sandte bezeichnenderweise der Kirchenkongreß ein Begrüßungstelegramm an den WCJK (Allrussisches Zentral-Exekutivkomitee), und Antonius betonte die inneren Zusammenhänge der von der Regierung vertretenen Ideale mit der Lehre Christi. Lwow, der Prokurator der neuen kirchlichen Verwaltung, bezeichnete als seine wichtigste Aufgabe die Reinigung der Kirche von allen reaktionären Elementen.

Welche Entwicklung die neue „lebendige Kirche" in Rußland nehmen wird, ob sie im Volke Boden gewinnt, und ob die orthodoxe Kirche durch die eingetretene Spaltung zwischen höherer und niederer Geistlichkeit, die sich naturgemäß auch auf die Kirchengemeinden übertragen hat, empfindlich geschwächt wird oder lebensfähig bleibt, läßt sich noch nicht übersehen. Alles das hängt davon ab, ob es Antonius und Lwow gelingt, der neuen Kirche eine Form zu geben, die sich nicht wesentlich von der alten unterscheidet, und ob unter Ausnützung des alten Widerspruchs der niederen Geistlichkeit gegen gewisse seit langem bestehende Mißstände in der orthodoxen Kirche diese auch innerlich reformiert wird.

Die römisch-katholische wie die englische Hochkirche haben sich für das Schicksal der verhafteten höheren Geistlichen bei der Sowjetregierung eingesetzt. Welche Stellung insbesondere der Vatikan zu der neuen „lebendigen Kirche" einnimmt, ist noch nicht erkennbar. Daß die Sowjetregierung gute Beziehungen zum Vatikan schon vor Monaten gesucht und gefunden hat, wurde bereits erwähnt.

Die kirchliche Bewegung, die sich zurzeit in Rußland abspielt, kann für die weitere kulturelle und politische Entwicklung des russischen Volkes noch nicht übersehbare Folgen haben. Würde sie zu einer Versumpfung des religiösen Lebens in Rußland führen, dann wäre die russische Volkspsyche so empfindlich getroffen, daß ein moralischer Niedergang des Volkstums zu befürchten ist. Wird die „lebendige Kirche" wirklich lebendig in dem Sinne, daß sie die Religion der russischen Volksseele freier, tiefer und reiner gestaltet, so hätte die neue Politik der Sowjetregierung, gewollt und ungewollt, das sei dahingestellt, Rußland auch neue seelische Werte vermittelt.

ihrem Standpunkte: nämlich 1. Zahlung der 50 Prozent, 2. Entlassung von Terroristen, 3. Abzug des Deputats durch Leistung von Überstunden. Der Streik erlosch nach und nach auf vielen Gütern; Ende der zweiten Woche war die Arbeit auf 60 Prozent der Güter wieder aufgenommen. Am 13. August wurde dann der Ausstand endgültig erledigt. Die Frage der Lohnabzüge wurde aber offen gelassen. Trotzdem der Arbeitnehmerverband das Protokoll durch seine Vertreter unterzeichnet hat, erklärt er nach wie vor in der „Prawda", daß der Streik nur abgebrochen, nicht aber beendet sei. Man darf wirklich gespannt sein, wie sich Dr. Mroczkowski zu dieser eigenartigen Auffassung der Arbeitervertreter stellen wird.

Der Arbeitgeberverband war während des Ausstandes in einer für ihn neuen, sehr schwierigen Lage. Er konnte sich nur darauf beschränken, die Fühlung mit dem Produzentenverbande aufrecht zu erhalten. Für einen zukünftigen Streik wird man sich durch eine noch bessere Organisation, eine bessere Nachrichtenvermittlung und das schnellere Eingreifen der Behörden sichern müssen. Ebenso ist die Ausarbeitung eines gemeinsamen Plans mit dem Produzentenverbande erforderlich.

Welche Folgen ziehen wir aus diesem Streik für unsere Arbeiter? Diese Frage muß eigentlich jeder mit sich selbst abmachen. Nur soviel sei gesagt: Die Abzüge der Streiktage müssen unter allen Umständen gemacht werden, um den Arbeitern nun auch wirklich einmal recht deutlich zu Gemüte zu führen, wohin sie von ihren famosen Führern geleitet worden sind, ohne daß sie selbst eine Ahnung davon hatten, wohin der Weg ging. Er rate aber, das Recht des Siegers den verführten Arbeitern gegenüber, nämlich Milde walten zu lassen. An und für sich freilich steht fest, daß der Ausstand ein Zeichen der Entfremdung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bedeutet, aber das liegt nun leider einmal im Zuge unserer modernen Zeit. Er empfehle schließlich die strengste Gerechtigkeit auf beiden Seiten hinsichtlich der beiderseits übernommenen Verpflichtungen. Grundsatz müsse für beide Teile bleiben: leben und leben lassen.

Der Redner erwähnte dann noch als Kuriosum unter allgemeiner Heiterkeit, daß der Verband der Land- und Forstarbeiter die Unterzeichnung eines Schriftstücks mit der Begründung abgelehnt habe, er könne ein Schriftstück nicht unterzeichnen, das der sozialdemokratische und der christliche Arbeitgeberverband unterzeichnet habe; mit Sozialdemokraten, den „Feinden des Vaterlandes", könne er gemeinsam kein Schriftstück unterzeichnen.

Der Redner schloß seine 3/4stündige Rede mit den Worten: „Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen im Sinne unserer Mitglieder gearbeitet. Wir wollen den Streik nicht ausnützen, sondern den Hauptzweck des Verbandes erfüllen, der da lautet, das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erhalten und zu vertiefen. Nur so kann unsere Arbeit gedeihen zum Nutzen der Allgemeinheit, zum Nutzen unseres Landes und zum Nutzen unseres lieben Berufes." (Stürmisches Bravo!)

In der sich anschließenden Aussprache sprach Direktor Schröder den aufrichtigsten Dank namens des polnischen Produzentenverbandes für die vom deutschen Arbeitgeberverbande geleistete Mitwirkung bei der üblen Streiklage aus; er wisse ganz genau, daß die Forderungen der Landarbeiterführer eine politische Grundlage hatten. — Major von Tempelhoff-Dombrowka sprach unter lebhaftem Beifall der Versammlung dem Arbeitgeberverbande bzw. Herrn von Saenger aufrichtigen Dank für die während des Ausstands für die Landwirtschaft geleistete Arbeit aus. — Ein Vertreter des Produzentenverbandes wies darauf hin, daß auf polnischer wie auf deutscher Seite die Solidarität von verschiedenen Seiten verletzt worden sei. Ein solches Vorgehen sei zu verurteilen. Der polnische Verband werde die Abtrünnigen zur Rechenschaft ziehen; er hoffe, daß der deutsche Verband in gleicher Weise vorgehen werde. — Herr von Saenger sagte die Einleitung von weiteren Schritten zur Aufklärung der Sache zu. — Frhr. von Massenbach-Konin, Vorsitzender des Hauptvereins deutscher Bauernvereine, empfahl darauf die Annahme folgender von Herrn von Saenger beantragten

Entschließung:

Die Versammlung gedenkt — indem sie nicht eigensüchtige Interessen, sondern das Interesse der Allgemeinheit und des Staates im Auge hat — aller Bewohner der Städte und der bäuerlichen Besitzer, die während der Streiktage mit größtem Eifer bei der Bergung der Ernte mitgewirkt haben, und spricht allen für ihr Verhalten höchste Anerkennung und wärmsten Dank aus.

Weiter empfahl Frhr. von Massenbach-Konin die Annahme folgender, bereits in der letzten Versammlung des deutschen Bauernvereins angenommenen

Entschließung:

Die heutige Vollversammlung des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine spricht ihrer Leitung die volle Zustimmung für ihre während des Landarbeiterstreiks getroffenen Maßnahmen und Herrn von Saenger für die geleistete Arbeit volle Anerkennung aus.

In der weiteren Aussprache wurde von verschiedenen Seiten die Aufhebung der Deputate und die Entlohnung der Arbeiter durch Stundenlöhne ausgesprochen, Vorschläge, die allerdings auch Widerspruch erfuhren. Darauf wurde die Sitzung um 1 Uhr nach zweistündiger Dauer geschlossen. hb.

Die Antwort des evangelischen Konsistoriums.

Dem „Kurjer Poznański" ist auf einen offenen Brief eines polnischen evangelischen Vereins für Mittelschlesien folgende Erwiderung zugegangen:

Der „Polnische Evangelische Verein für Mittelschlesien" hat in einem in Nr. 173 des „Kurjer Poznański" abgedruckten „offenen Briefe" sich lebhaft mit dem evangelischen Konsistorium in Posen und der ihm unterstellten Geistlichkeit beschäftigt. Er hat dabei zunächst anerkannt, daß die evangelische Geistlichkeit und die kirchlichen Behörden bereits in preußischer Zeit sich tatkräftig und erfolgreich bemüht haben, den Evangelischen polnischer Zunge die kirchliche Versorgung in polnischer Sprache zu sichern. Wenn der offene Brief dann aber klagt, daß dies heute nicht mehr der Fall sei, so sind diese jeder Grundlage entbehrenden und völlig unberechtigten Klagen so allgemein gehalten, ohne Angabe bestimmter Tatsachen, daß eine Widerlegung im einzelnen nicht möglich ist. Wenn die kirchlichen Behörden und die evangelischen Geistlichen schon in preußischer Zeit selbst nach dem Zugeständnis des „Polnischen evangelischen Vereins für Mittelschlesien" für die kirchliche Versorgung in polnischer Sprache mit allen Kräften eingetreten sind, so ist nicht zu verstehen, wie jetzt in polnischer Zeit dieselben Geistlichen und dieselbe Kirche dazu kommen sollten, entgegengesetzt zu handeln. Im besonderen ist das Evangelische Konsistorium in Posen nach wie vor um die Erhaltung der polnischen Gottesdienste bemüht, in denen keinerlei Veränderung eingetreten ist. Auch die Berufung von Geistlichen, die die polnische Sprache beherrschen, wird für diese Gemeinden erstrebt. Es ist nur außerordentlich schwer, solche zu erlangen, da nur wenige evangelische Geistliche die polnische Sprache so beherrschen, daß sie in ihr zu amtieren in der Lage sind. Wenn aus dem Teile der ehemaligen Provinz Posen, welcher von polnisch sprechenden Evangelischen bewohnt wird, der der polnischen Sprache mächtige Geistliche versetzt werden mußte, so geschah dies, wie dies auch dort bekannt sein dürfte, lediglich auf äußeren Druck von dritter Seite. Im übrigen ist in den gemischtsprachigen Gemeinden des Abtretungsgebietes seit der polnischen Besitzergreifung nicht ein einziger Geistlicher neu fest angestellt worden, der die polnische Sprache nicht beherrschte. Rein polnische evangelische Gemeinden gibt es im Abtretungsgebiet überhaupt nicht. Wie wenig das Konsistorium die Absicht hat, die polnische Sprache im evangelischen Gottesdienst zu unterdrücken, beweist auch der Umstand, daß es sich hat angelegen sein lassen, in Posen und anderen Orten Gottesdienst in polnischer Sprache einzuführen. Die Behauptung einer „Aufhetzung der Schulkinder zur Lüge und gegen den polnischen Staat" ist völlig unbewiesen und unbeweisbar; ihre gehässige Unwahrheit fällt auf die Urheber zurück.

Der „Polnisch-evangelische Verein in Mittelschlesien", das heißt einem kleinen Teil des früheren Kreises Wartenberg, besteht unseres Wissens nur aus wenigen landfremden Leuten, die erst aus Kongreßpolen dorthin zugezogen sind. Dem Konsistorium genügt es, wenn die überwiegende Mehrheit der polnischsprechenden evangelischen Gemeindeglieder nach wir vor volles Vertrauen zu ihren Geistlichen und ihrer Kirchenbehörde hat, wie dies auch in letzter Zeit wiederholt in Erscheinung getreten ist. Aus diesem Grunde kann sich auch das Konsistorium auf weitere Auseinandersetzungen mit dem Polnisch-evangelischen Verein für Mittelschlesien nicht einlassen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 25. August.

Außerordentliche Stadtverordnetensitzung.

In der für gestern abend einberufenen außerordentlichen Stadtverordnetensitzung, die der Stadtv. Krause leitete, wurden die Wahlen von 4 Mitgliedern zum Kreiswahlausschuß (Wahlvorstehern) und die Wahlen von 258 Mitgliedern zum Bezirkswahlausschuß nach den Vorschlägen des Wahlausschusses ohne Widerspruch der Versammlung vollzogen. Gewählt wurden in den Kreiswahlausschuß aus dem Magistrat die Stadträte Frankiewicz und Nowicki, aus der Stadtverordnetenversammlung die Stadtvv. Hedinger und Maliński; als Stellvertreter die Stadtvv. Budziński, Grzegorzewicz, Sieradzki und Józef. Darauf erfolgte ebenfalls ohne Widerspruch der Versammlung die Erhöhung des Straßenbahntarifs von 40 auf 50 Mk. für die einfache Fahrt. Die Preise für Abonnements und Blocks für Invaliden und Schüler wurden gleichfalls um 25 v. H. erhöht. Der Preis der niedrigsten, aber am meisten benützten Abonnementskarte, der bisher 1800 Mk. betrug, stellt sich jetzt mithin auf 2250 Mk.

Der neue Posttarif.

Mit dem 1. September d. Js. wird der Inlandsposttarif in folgender Weise erhöht:

Briefe bis 20 Gr. 50 M., über 250 Gr. 100 M.; Postkarten 30 M., Ansichtskarten mit höchstens 5 Worten 20 M.; Drucksachen bis 50 Gr. 10 M., bis 100 Gr. 20 M., bis 250 Gr. 50 M., bis 500 Gr. 75 M., bis 1000 Gr. 100 M.; Drucksachen (für Blinde) für jede 500 Gr. (höchstens 3000 Gr.) 2 M.; Handelspapiere, Warenproben und Mischsendungen bis 250 Gr. 50 M., bis 500 Gr. 75 M., bis 1000 Gr. 100 M.; Pakete bis 1 Kilogr. 100 M., bis 5 Kilogr. 400 M., bis 10 Kilogr. 800 M., bis 15 Kilogr. 1200 M., bis 20 Kilogr. 1600 M. Bei Wertbriefen und -Paketen wird von je 10 000 M. der Wertangabe 50 M. erhoben, über 20 000 M. hinaus eine Manipulationsgebühr von 100 M. Einschreiben 50 M. Eilbrief 200 M. Postlagernde Sendungen 25 M., Reklamationsgebühr 50 M.

Der neue Auslandsposttarif tritt erst mit dem 15. September in Kraft. Nach diesem kosten Briefe bis 20 Gr. nach der Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn 80 M., nach dem übrigen Auslande, also auch nach Deutschland 100 M.; einfache Postkarten nach den genannten drei Ländern 50 M., nach dem übrigen Auslande 60 M.

Ein neuer „Preisabbau."

Wie im gestrigen Anzeigenteile bekanntgegeben wurde, hat sich der Magistrat infolge der weiteren bedeutenden Verteuerung der Kohle und der Arbeitskräfte veranlaßt gesehen, den Preis für das Kubikmeter Gas vom 1. September ab von bisher 75 Mark auf 100 Mark zu erhöhen. Das ist wenigstens gleich ganze Arbeit gemacht und der so viel erörterte „Preisabbau" mit umgekehrtem Ziele.

Deutsche Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung in Polen (Ortsgruppe Posen). Sonntag, den 27. August, nachm. 6 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant A. Fiedler, Górna Wilda Nr. 47 (fr. Kronprinzenstr.)

Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein für Großpolen zu Posen. Der Verein unternimmt am Sonntag, 27. d. Mts., einen Ausflug in die Wälder bei Ludwigshöhe. Abfahrt 9[30] Uhr nach Ludwigshöhe.

× **Beschlagnahmte Diebesbeuten.** Im 9. Polizeikommissariat in der ul. Małeckiego 20 (fr. Prinzenstraße) lagert eine vermutlich aus einem Diebstahl herrührende silberne Damenuhr mit dem Monogramm W. G. Auskunft erteilt das 9. Polizeikommissariat. — Einem Arbeiter wurde ein Sattel abgenommen, den er von einem „großen Unbekannten" während des Krieges für 10 M. gekauft haben will. Der Sattel kann bei der Kriminalpolizei besichtigt werden. — In Lemberg wurden drei 10—11jährigen Jungen zwei goldene Monstranzen, ein Kelch und mehrere Kreuze, die sämtlich offenbar aus Diebstählen stammen, abgenommen. Die eine große Monstranz trägt die Inschrift Paweł Dzietkiw 902". Auf dem Innenfuße des Kelches befindet sich die Bleistiftinschrift „Mal". Lichtbilder der Wertgegenstände können bei der hiesigen Kriminalpolizei besichtigt werden.

× **Großer Einbruchsdiebstahl.** Gestern wurden von Einbrechern aus einer Wohnung des Hauses Górna Wilda 51 (früher Kronprinzenstr.) Kleidungs- und Wäschestücke im Werte von 400 000 M. gestohlen.

sch. **Wilhelmsau, Kr. Wreschen,** 24. August. Eine Mitgliederversammlung hielt am Montag der hiesige Bauernverein ab. Zunächst sprach Rittergutsbesitzer Tschuschke-Babin über die wirtschaftliche Lage und über landwirtschaftliche Fachfragen. Darauf hielt der Gartenbaudirektor Reissert einen Vortrag über die Obstverwertung und Weinbereitung.

* **Mogilno,** 24. August. Die Getreideernte ist zum größten Teil beendet; die meisten Besitzer sind damit schon Ende voriger Woche fertig geworden. Auch hier konnte infolge des vielen Regens das Korn nicht trocken eingebracht werden, und die Müller haben daher Anlaß zu Klagen. Durch die späte Ernte ist das Schälen der Stoppeln versäumt worden. Der Torf will dieses Jahr auch gar nicht trocken werden. Mit dem zweiten Schnitt der Wiesen ist begonnen werden.

* **Bromberg,** 23. August. Im Dienste tödlich verunglückt ist in der Nacht zum Sonntag auf dem Bahnhofe Unislaw beim Rangieren der Eisenbahnbeamte Johann Ciklinski aus Bromberg. Er wurde von einem Wagen überfahren und war sofort tot. — Das Dreipfundbrot beträgt hier bis auf weiteres 410 Mark, die Semmel 25 Mark. — Die Wiesen an der Netze unterhalb Nakel sind infolge der reichlich in letzter Zeit niedergegangenen Niederschläge überstaut. Zur schleunigen Abführung des Wassers ist es erforderlich, den Wasserspiegel in der Netze unterhalb der Küddow zu senken. Infolgedessen können, wie die hiesige Wasserbauinspektion bekanntgibt, Fahrzeuge bis zum Widerruf die Netze unterhalb Nakel nur mit einem Tiefgange von 90 bis 100 Zentimeter befahren. Diese Einschränkung wird voraussichtlich nur einige Tage dauern.

* **Okonin, Kreis Graudenz,** 18. August. In der Nacht zum 11. d. Mts. drangen Diebe beim Landwirt Jozef Gapa ein und stahlen vier Herrenanzüge, einen Winterpaletot mit Monogramm J. G., einen Sommerpaletot, ein schwarzseidenes Kleid, ein halbseidenes blaues Kleid, zwölf Damenhemden mit Monogramm M. K., vier weiße Herrenhemden mit Monogramm J. K. usw. Der Gesamtschaden beträgt 5 Millionen Mark. Herr Gapa hatte 100 000 Mark Belohnung für die Ergreifung der Diebe ausgesetzt. Am 11. d. Mts. wurden sie festgenommen und ihnen das ganze Diebesgut abgenommen.

Aus Ostdeutschland.

* **Memel,** 20. August. Ein folgenschweres Unglück ereignete sich, der „Danz. Ztg." zufolge, auf dem hiesigen Bahnhof. Als die Witwe Maria Franz das Gleis überqueren wollte, um in den Zug nach Försterei zu steigen, wurde sie von dem fahrplanmäßig einige Minuten früher kommenden D-Zug zu Boden geworfen, der ihr beide Beine abfuhr. Die Unglückliche wurde sofort ins städtische Krankenhaus gebracht, doch ist ihr Zustand hoffnungslos. Ein Verschulden irgendeiner Person liegt nicht vor. Das Unglück dürfte vielmehr dadurch zu erklären sein, daß die alte Dame infolge starker Schwerhörigkeit und Kurzsichtigkeit das Herannahen des D-Zuges nicht bemerkt hat.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

K. in S. 1. Ja. 2. Nein, die Liquidation muß abgewartet werden. 3. Da Sie nur einseitig optiert haben, ist Ihre Option rechtsungültig. 4. Die Emigrantensteuer gibt es nicht mehr. 5. Da der Verkauf ausgeschlossen ist, erübrigt sich die Beantwortung dieser Frage.

Abiturient 8568. Sprechen Sie doch noch einmal in unserer Geschäftsstelle vor; es liegt dort im Anschluß an Ihre Anzeige eine für Sie wichtige Mitteilung.

P. 1892. Um Ihre sechs Fragen zu beantworten, müßte man ein Weltweiser sein. 1. Sie meinen doch offenbar die deutsche Regierung in Berlin; diese Anschrift genügt. 2. Diese Frage können wir Ihnen nicht beantworten. 3. Da müssen Sie sich schon an ein amerikanisches Auswandererbureau, z. B. in Danzig, wenden. 4. Man muß eben in einer Zeitung eine Anzeige erlassen. 5. Zum so und so vielten Male: das neue Mieterschutzgesetz ist noch nicht vom Sejm verabschiedet worden, gilt also noch nicht. Was verstehen Sie eigentlich unter einer „Adresse" des Mieterschutzgesetzes? 6. Da werden Sie sich schon an einen landwirtschaftlichen Sachverständigen, z. B. an Herrn Güterdirektor Gusovius in Posen wenden müssen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	23. August	24. August
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	150 + A	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	330—340 + N	315—340 + N
Bank Poznański	180 +	—,—
Bank Przemysłowców	200 + A	200 + A
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	—,—	190 +
Bydgoska Fabryka Mydeł	—,—	125 + N
R. Barcikowski	—,—	170—160 +
H. Cegielski I.—VIII. Em.	450-455-390 + N	400-360-380 + A
Centrala Rolników I.—V. Em.	170 + N	175 + A
Centrala Skór	275 + A	—,—
C. Hartwig	200 + N	220 +
Hartwig Kantorowicz	710—775 + N	780 + N
Hurtownia Związkowa	—,—	125—130 + A
Herzfeld-Viktorius	—,—	400—395 +
Luban, Fabr. przetw. ziemn.	3925 +	3900 +
Dr. Roman May	—,—	930—975 + N
Orient	150 + N	150 + N
Papiernia, Bydgoszcz	210 +	—,—
Pozn. Spółka Drzewna V. Em.	650—640 + A	—,—
Sarmatia I.—II. Em.	470—480 + N	480 + A
Tkanina	310 + A	—,—
„Unja" (früher Bentzki)	—,—	570 + N
Waggon Ostrowo	235 + A	230—220 +
Wytwornia Chemiczna I.—II. Em.	165 + N	200 +
„ „ III. Em.	—,—	175 + A
Żar	1000 + N	—,—
Zjedn. Browary Grodziskie	230 +	235 +

Auszahlung Berlin 4,70—4,40. Umsatz: 9 700 000 dtsch. M.
A = Angebot, N = Nachfrage, + = Umsatz.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 25. August 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	28 000—32 000	Hafer	21 500—23 500
Roggen	17 500—19 500	Roggenmehl 70 %	29 800—30 800
Braugerste	16 900—17 900	Roggenkleie	11 600

Roggenumsatz größer, Mehlkonsummarkt hält die Preise.
Stimmung: ruhig.

Posener Viehmarkt vom 25. August 1922.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: A. Ochsen I. Sorte 24 000—25 000 M., II. Sorte 19 000—20 000 M., III. Sorte 7500—8000 M. **B. Bullen** I. Sorte 24 000—25 000 M., II. Sorte 19 000—20 000 M., III. Sorte 7500 bis 8000 M. **C. Färsen und Kühe** I. Sorte 24 000—25 000 M., II. Sorte 19 000—20 000 M., III. Sorte 7500—8000 M. **D. Kälber** I. Sorte 40 000—41 000 M., II. Sorte 36 000—37 000 M.

II. Schafe: I. Sorte 26 000—27 000 M., II. Sorte 22 000 bis 23 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 70 000—71 000 M., II. Sorte 63 000 bis 65 000 M., III. Sorte 55 000—58 000 M.

Der Auftrieb betrug: 67 Rinder, 75 Kälber, 115 Schafe, 220 Schweine, 341 Ferkel, 48 000—50 000 M. das Paar. — Tendenz: ruhig bei Kälbern und bei Schweinen, schleppend bei Rindern II. und III. Kl. und bei Schafen.

Berliner Börsenbericht

vom 24. August.

Diskonto-Komm.-Anleihe	545.—	Polnische Noten	23.75
Danziger Priv.-Aktienbank	350.—	Auszahlung Holland	77 000.—
Ostbank	250.—	„ London	8850.—
Hartmann Masch.-Aktien	1080.—	„ Neuyork	1975.—
Phönix	2975.—	„ Paris	15 350.—
Schuckert	1301.—	„ Schweiz	37 700.—
Hapag	800.—	Koehlmann-Stärke	1875.—
3½ % Pos. Pfandbriefe	34.—	Ungarische Goldrente	3850.—
Auszahlung Warschau	24.—		

= **Danziger Börse** vom 25. August. Polnische Mark 24.— Dollar 2000.

Verantwortlich: für Politik: J. B. Theodor Kanta; für Kunst, Wissenschaft und Handel: Dr Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: B. Sikorski. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.